

Vorklärungen

In diesem Kapitel werden das Erkenntnisinteresse, wichtige Fragestellungen und Begriffe und die wissenschaftstheoretische Position der folgenden Sozialstrukturanalyse behandelt. Ausgangspunkt ist die *globale ökologische Krise*, gegen die als Antithese der Begriff der *zukunftsfähigen, nachhaltigen Entwicklung* gesetzt wird. Wir diskutieren, was „Gesellschaft“ sei und zeigen daran, dass Begriffe interessengebunden sind; dass nur die Weltgesellschaft genau definiert werden kann und dass es sinnvoll ist, Untereinheiten aus dem spannungsvollen Verhältnis zwischen äußerer Abhängigkeit und innerer Struktur zu verstehen. Anschließend legen wir dar, was wir unter Sozialstruktur und ihrer Analyse verstehen, in welchem Verhältnis sie zu Verhalten und Handeln steht und welche Rolle Globalisierung dabei spielt. Das führt uns zu unserem Erkenntnisinteresse, das mit dem Begriff Nachhaltige Entwicklung bezeichnet wird. „Gesellschaft“ wird als die uns Menschen spezifische Weise aufgefasst, unseren Stoffwechsel mit der Natur, also unsere Ökonomie, zu organisieren. „Umwelt“ wird verstanden in ihrer Qualität als Ressource wie in ihrer Qualität als Raum. Am Ende des Kapitels stehen einige Bemerkungen zum Menschenbild, das unserer Arbeit zu Grunde liegt.

1. Gesellschaft, Sozialstruktur, Zukunftsfähigkeit

1.1 Was ist Gesellschaft?

1.1.1 Definition von Gesellschaft

Was ist Gesellschaft? *Gesellschaft*, so wollen wir definieren, ist eine *Mehrzahl von Menschen, die vieles miteinander gemeinsam haben: Sprache, Kultur, Institutionen, Geschichte, ein Wir-Gefühl, also Identifikation, ein Gebiet, das sie bewohnen, samt seiner Infrastruktur*. Die vieles miteinander gemeinsam haben und deshalb miteinander in Beziehung stehen, so müsste man ergänzen, wobei „miteinander in Beziehung stehen“ genauer bedeutet, dass sie etwas *austauschen*: Informationen, Geld, Gefühle, Befehle, Berührungen, Worte, Gesten etc. Die Gemeinsamkeiten der Sprache, der Institutionen etc. sind die Bedingung dafür, dass der Austausch gelingt. Wenn wir solche Gemeinsamkeiten mit anderen Menschen nicht haben (z.B. gleiche Sprache, gleiche Institutionen etc.), dann ist der Austausch mit ihnen zwar nicht unmöglich, aber viel schwieriger, und deshalb ist er seltener.¹ Gemeinsamkeiten schließen ein (nach innen, „uns“) und schließen aus (andere, „sie“), sie definieren Grenzen zwischen Innen und Außen. Grenzen sind die Voraussetzung für die Bestimmung, wer dazu gehört und wer nicht.²

Gesellschaft wird meistens alltagssprachlich, aber auch in vielen soziologischen Texten, gleichgesetzt mit dem *Nationalstaat* als nationale Einheit in staatlichen Grenzen. Das ist keineswegs die einzige Möglichkeit, und oft auch gar nicht befriedigend. „Wir Deutsche“ haben eine gemeinsame historische Erfahrung. In unserem Fall, Deutschland, beginnt diese gemeinsame Geschichte formal mit der Reichsgründung 1871 (man fragt sich: vorher keine deutsche Gesellschaft? Was war z.B. mit dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation?). Es handelt sich – außer in den Jahren des Nationalsozialismus – um ein föderalistisches Gebilde (sind dann auch die Länder Gesellschaften? Immerhin gab es nach dem Dreißigjährigen Krieg über 300 kleine Fürstentümer, Königreiche oder freie Städte; bis 1934 eine Staatsbürgerschaft der Länder!). Zwischen 1949 und 1990 war diese gemeinsame Geschichte durch die Teilung unterbrochen (war Deutschland zwei Gesellschaften?). Wir haben, damit zusammenhängend, eine gemeinsame Kultur, sofort erkennbar an der gemeinsamen Sprache, und das galt auch, bei einigen Einschränkungen, während der Jahre der Teilung (aber was ist mit den Deutschsprachigen in anderen Ländern?). Wir haben ein gemeinsames Territorium mit völkerrechtlich anerkannten Grenzen (aber im Verlauf

1 – vgl. auch den Begriff von Gesellschaft in anderen Sozialstrukturanalysen, z.B. bei Schäfers, 2004 oder in soziologischen Wörterbüchern wie z.B. Endruweit/Trommsdorff, 2002, 195 ff.

2 – Für eine eingehende Diskussion dieses Themas vgl.: Kneer/Nassehi/Schroer (Hg.), 2001

historischer Ereignisse war das immer wieder etwas anderes). Bei genauerem Hinsehen wird *jeder Bestandteil der auf den Nationalstaat bezogenen Definition unsicher*.³

Die *historische Bedingtheit* solcher Begriffe miterwähnen bedeutet gleichzeitig, sie auch für die Zukunft nicht als statisch und unveränderbar anzusehen. Was wird die deutsche Gesellschaft der Zukunft sein? Wir erleben derzeit einen Prozess, in dem sich das Staatensystem, das sich in Europa im 19. Jh. vollendet hat, qualitativ verändert. Es ist gut vorstellbar, dass in einer nicht allzu fernen Zukunft ein *europäischer Staat* existieren wird mit Teilgesellschaften, die sich eher an *regionalen* Gemeinsamkeiten bilden als an den heutigen nationalen Staatsgrenzen. Der Nationalstaat war schließlich eine Schöpfung, eine Problemlösung der Vergangenheit, und es lässt sich leicht argumentieren, dass er seine Aufgaben heute unter deutlich veränderten Bedingungen nicht mehr zufriedenstellend erfüllt („Globalisierung“). Es bedeutet aber auch, dass Gesellschafts- und Sozialstrukturanalyse Wege finden muss, mit diesen Unsicherheiten wissenschaftlich nachvollziehbar umzugehen. Auf jeden Fall: Eine eindeutige Definition der deutschen Gesellschaft ist auf diesem Weg nicht zu finden.

Versuchen wir es mit einem anderen Merkmal, den *Einwohnern* – aber natürlich unterliegt auch deren Bestimmung der wechselnden Festlegung von Grenzen. Wer gehört dazu – und wer nicht? Unzweifelhaft dazu gehören Menschen mit einem deutschen Pass, die sich zurzeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik aufhalten. Aber das sind ja nicht alle, denen wir hier begegnen können. Gehören dazu auch die stationierten Militärangehörigen fremder Staaten, immerhin zeitweilig rund 700.000 Amerikaner, Kanadier, Briten, Belgier, Franzosen, Russen (die in der amtlichen Statistik nicht erscheinen)? Wohl eher nein. Wie steht es aber mit den rund sieben Millionen Ausländern, die nach amtlichen Angaben heute in der Bundesrepublik leben (abgesehen davon, dass die Genauigkeit dieser Statistik umstritten ist – vermutet werden etwa eine Million, die illegal hier leben)? Was ist mit den Asylsuchenden, die in Lagern und Wohnheimen auf ihre Anerkennung oder in Gefängnissen auf ihre Abschiebung warten? Was mit den „deutschstämmigen“ Aussiedlern aus Polen, Rumänien, der früheren Sowjetunion, die nach Art. 116 GG deutsche Staatsangehörige sind und was mit den Deutschstämmigen, die nicht nach Deutschland aussiedeln, sondern an ihren Wohnorten im Ausland bleiben wollen? Gehören sie zur deutschen Gesellschaft? Gehören bundesdeutsche Staatsbürger, die zurzeit im Ausland leben, dazu oder nicht? Sind Ausländer, die in Deutschland leben, Mitglieder der deutschen Gesellschaft? Sind sie es womöglich nur dann, wenn sie „integriert“ sind, also z.B. die deutsche Sprache sprechen? Oder geht es generell um die Personen mit deutscher Muttersprache – und was ist dann mit den Österreichern, Deutschschweizern, Elsässern, Luxemburgern, Südbelgiern, Südtirolern – oder gar mit den Siebenbürger Sachsen, mit den Mennoniten in Nordamerika, mit den deutschsprachigen Kolonien in Chile, Argentinien oder Paraguay? Auch so lässt sich keine eindeutige Definition gewinnen.

3 – vgl. auch die Diskussion bei Endruweit, 1995, 142 ff.

Ist die Regio Basiliensis eine Gesellschaft – mit gemeinsamer Sprache, aber über drei Nationalstaaten gehend? Oder die Region SaarLorLux mit ihrem moselfränkischen Dialekt – die als Großregion gar Gebiete aus vier Ländern einschließt, davon eines ganz? Ist die Schweiz – mit vier Sprachen – eine Gesellschaft oder sind es vier? Ist Belgien – mit drei Sprachgruppen, die sich zeitweilig heftig bekämpften – eine Gesellschaft? Handelt es sich bei Spanien um eine Gesellschaft oder um mehrere? Und bei Frankreich, das nicht nur im Elsass, in der Bretagne, im Pays d’Oc, im Baskenland und in Korsika Autonomiebewegungen erlebte, sondern mit den Provinces d’Outre Mer auch noch Überseegebiete zu seinem Hoheitsbereich zählt? Und Indien – nach dem Anthropological Survey mit 325 Sprachen, von denen 32 von mehr als einer Million Menschen gesprochen werden, 18 anerkannte Amtssprachen sind und gar 15 verschiedenen Schriften? Oder Puerto Rico, eine kleine Insel in der Karibik, die von den USA regiert und verwaltet wird und nie eine staatliche Unabhängigkeit kannte? Die Russische Föderation mit ihren zahlreichen nationalen Minderheiten? Kanada mit seinen beiden “founding races” und seinen zahlreichen kulturellen Minderheiten? Gibraltar – auf spanischem Territorium, aber von Großbritannien verwaltet? Kaum ein Nationalstaat, bei dem wir nicht auf erhebliche Probleme stoßen, wenn wir die Frage nach der Bestimmung seiner Gesellschaft stellen.

Man wird auf die nationalen Rechtsordnungen verweisen, tatsächlich eine bedeutende institutionelle Gemeinsamkeit und ein wichtiges Bestimmungsmerkmal des Nationalstaates. Aber ist Europa, ist die europäische Rechtsordnung nicht inzwischen viel wichtiger geworden als die nationale? Gewiss haben wir gemeinsame Geschichte, Grenzen, Normen und Institutionen: Haben das nicht auch die *Bundesländer*? Sind das also Gesellschaften? oder die *Städte und Gemeinden*? oder die Europäer – ist also *Europa* eine Gesellschaft? Ist die Bundesrepublik nicht auch eingebunden in eine Vielzahl internationaler Abkommen und Verträge, Loyalitäten und Verpflichtungen, die ihre Autonomie begrenzen und Einfluss haben auf die Normen, die sich nach innen an uns alle richten? Was ist mit den EG-Verträgen, dem gemeinsamen Binnenmarkt, dem Europäischen Wirtschaftsraum? Was mit dem Maastrichter Vertrag, der Europäischen Verfassung, die so viele neue Kompetenzen an „Brüssel“ übertragen haben? Immerhin beeinflusst „Europa“ direkt oder indirekt den weitaus größten Teil unserer gesamten Gesetzgebung! Ist „Gesellschaft“ nicht vielmehr ein Gebilde, das nur *im Wechselspiel äußerer Abhängigkeiten und innerer Strukturen definierbar* ist?

Offensichtlich ist die Frage nicht so einfach, wie sie im ersten Moment aussieht und nicht so klar zu beantworten, wie man sich das für eine Definition wünscht. Eine klare Definition von „Gesellschaft“ scheitert daran, dass ein höchst veränderliches, facettenreiches, fließendes Gebilde sprachlich als „ein Ding“, als etwas Festes mit scharfen Konturen, abgebildet werden soll.⁴ Der Alltagssprache entsteht daraus kein Problem. Auch die Gesellschaftswissenschaften sehen sich dadurch nicht gehindert, die „deutsche Gesellschaft“ zu behandeln, ihre Sozialstruktur darzustellen, ihre Ausprägungen gar historisch herzuleiten.

4 – u.a. auch: Tenbruck, 1989

Wichtig ist an dieser Stelle nur, dass Sprache und Wahrnehmung der realen Welt *nicht etwa* „objektive“ Vorgänge sind, sondern selbst schon *sozialstrukturell eingebunden*. Begriffe sind Hilfsmittel der Verständigung, sie hängen mit Interessen zusammen und mit Positionen in Kontexten. Begriffe sind, wie man daran gut erkennen kann, Vereinbarungen. Sie sind nicht wahr oder falsch, sondern zweckmäßig oder unzweckmäßig – bezogen auf Zwecke, auf eine *Fragestellung* und ein *Erkenntnisinteresse*. Die sind vorab zu klären, bevor sich im konkreten Fall sagen lässt, was wir als Gesellschaft definieren wollen.

Eindeutig definieren lässt sich nur die *Weltgesellschaft* – aber das hilft uns nicht viel weiter, weil diese Weltgesellschaft ja nicht gleichzeitig auch Handlungseinheit ist, weil sie nur sehr schwach ausgeprägte Institutionen hat. Für sie gilt, wenn auch in einem sehr weiten, einem in die Zukunft gerichteten, normativen Sinn, die Gemeinsamkeit von Kultur, Geschichte, Rechtssystem, Institutionen. Auch wenn die noch schwach ausgeprägt erscheinen mögen, ist doch „Die eine Welt“⁵ für uns alle zunehmend Wirklichkeit und Aufgabe zugleich. Ihre Institutionen sind als Staatensystem organisiert. Aber es gibt keine Teilgesellschaften (mehr), die sich in irgendeinem vernünftigen Sinn als autonom, souverän, unabhängig verstehen ließen. Die organisistische Analogie, die sich die Entwicklung der Weltgesellschaft wie das Entstehen eines Baumes aus einem Samenkorn vorstellt, ist irreführend. Zutreffender ist ein Bild, das die Weltgesellschaft als einen Rahmen sieht, der zunehmend dichter mit Fäden ausgewoben wird (Wallerstein). Alle anderen Einheiten, die als Gesellschaften angesprochen werden können, haben – zusammen mit der *inneren Struktur* – die äußere Abhängigkeit als Charakteristikum. Das muss sich in Sozialstrukturanalyse wieder finden lassen.

Diese Einsicht hat Konsequenzen, die sich besonders klar erläutern lassen an der Entwicklung einer *europäischen Gesellschaft*: Vieles spricht dafür, Europa auf dem Weg hin zu *einer* Gesellschaft zu sehen, auch wenn das noch lange dauern und über viele weitere Schritte führen mag. Das Wesen, der Kern dieser Gesellschaftswerdung besteht in der Ausbildung gemeinsamer *europäischer Institutionen*, die wir bereits in reichem Maße haben und die an jedem europäischen Gipfel weiter ausgebaut werden. Das Zusammenwachsen zu einer Gesellschaft geschieht über Institutionenbildung. Dieser so bedeutende Vorgang ist aber nur verständlich, ja nur erkennbar, wenn wir von der Vision einer europäischen Gesellschaft ausgehen, die es ja noch nicht gibt, die erst in Zukunft entstehen soll. Das aber heißt, dass die wirklich wesentlichen Fragen zum Verständnis dieser Gesellschaft aus der *Zukunft* bezogen werden. Denn es leuchtet unmittelbar ein, dass eine Untersuchung der europäischen Gesellschaft, die z.B. sich auf Daten der nationalen Statistiken der Mitgliedsstaaten stützt, eben dieses zentrale Element der Institutionenbildung gar nicht in den Blick bekommen kann, weil sie Europa begreift als additiv zusammengesetztes Produkt der Nationalstaaten, also aus einem Gesellschaftsmodell der Vergangenheit. Jede Einsicht, die aus solchen Analysen gewonnen werden könnte, bleibt dem natio-

5 – Nolte, 1982

nalstaatlichen Organisationsprinzip verhaftet und geht vorbei an dem bedeutenden Prozess der Gesellschaftswerdung.⁶

Wir wollen dieses Argument in zwei Richtungen verallgemeinern: Einmal richtet es sich grundsätzlich *gegen den Ausschließlichkeitsanspruch einer positivistischen Forschungslogik*, die vielmehr relativiert und deren Nutzen jeweils am Forschungsgegenstand begründet werden muss.⁷ Zum anderen werden wir am Ende dieses Kapitels argumentieren, dass auch die Erkenntnisleitende Idee einer global zukunftsfähigen Entwicklung nur von einer Utopie her, nicht aber durch retrospektive Datenanalyse, gewonnen werden kann. Darin mag einer der Gründe dafür zu suchen sein, dass sich die Soziologie bisher mit dem Thema der globalen Zukunftsfähigkeit (wie übrigens auch mit der Gesellschaftswerdung Europas) nicht intensiv befasst hat. Dies ist selbstverständlich kein Argument gegen Empirie, aber es ist ein Argument gegen eine Auffassung von Empirie, die – überspitzt gesagt – ihren Wahrheitsbeweis nur durch die quantitative Analyse (notwendigerweise vergangener) statistischer Daten zu führen sucht.

Nachdem wir nun diesen traditionellen Gesellschaftsbegriff in Frage gestellt und einen allgemeineren definiert haben, eröffnet sich eine fruchtbarere Perspektive: Gesellschaft, gemäß unserer Definition, gibt es auf vielen Ebenen, angefangen von der lokalen Gemeinde über das Land, den Staat, den Kontinent bis hin zur globalen Gesellschaft. Auf allen Ebenen können wir die oben gegebenen Definitionsmerkmale beobachten. Das ist auch zweckmäßig. Wir können jetzt feststellen: (1) Auf jeder Ebene gibt es Gesellschaft im Sinn der Definition. (2) Alle diese Gesellschaften sind horizontal verflochten mit solchen auf gleicher Ebene (also Gemeinden mit Gemeinden, Nationalstaaten mit Nationalstaaten etc.). (3) Alle sind vertikal verflochten mit anderen Ebenen und die Beziehungen sind nicht einfach auf die zwischen jeweils nur zwei Ebenen beschränkt, sondern gehen über alle Ebenen hinweg: Die Gemeinde hat nicht nur Beziehungen mit dem Land, sondern auch mit dem Nationalstaat, mit dem Kontinent, mit der Weltgesellschaft. Gesellschaft verstehen verlangt dann, ihre innere Wirkungsweise in ihren äußeren Abhängigkeiten zu untersuchen. Leider wird die Sache noch komplizierter.

1.1.2 Gesellschaftsbilder

Wir orientieren uns in unserem Handeln nicht an der Wirklichkeit, sondern an unseren *Vorstellungen über die Wirklichkeit*. Die weitaus meisten Informationen über diese Wirklichkeit beziehen wir aus sekundären Quellen, aus Medien, und wir haben keine Möglichkeit zu prüfen, ob solche Informationen richtig sind oder nicht, oder ob sie für uns wichtig sind oder sein werden, ob wir sie speichern müssen oder nicht. Daher wählen wir alle unterschiedlich aus, tragen wir alle unterschiedliche „Wahrheiten“ in uns, verwerten dafür unterschiedliche Erfahrungen. Das verweist auf die *Gesellschaft in uns*, auf Gesellschaftsbilder.

6 – vgl. dazu die Kontroverse zwischen Haller, 1992 und Hamm, 1993, samt der Reaktion von Haller, 1993

7 – das wurde bereits im „Positivismusstreit“ ähnlich vorgetragen, vgl.: Adorno, 1968

Wir wollen drei *idealtypische* Gesellschaftsbilder, wie sie in unserer Gesellschaft neben- und miteinander vorhanden sind, kurz skizzieren:

Angehörige der Mittelschicht – und wir räumen sofort ein, dass deren Definition so schwierig und so unscharf ist wie die von Gesellschaft (→ Kap. 5.1) – tendieren dazu, die Gesellschaft als eine *Struktur* anzusehen, die *beweglich, durchlässig und beeinflussbar* ist. Es hängt von der *eigenen Leistung* ab, also von Bildung, Fleiß, Einsatzbereitschaft, Disziplin usw., ob man „es zu etwas bringt“, d.h. in der gesellschaftlichen Hierarchie aufsteigt und so an Einkommen, Ansehen und Macht gewinnt. Dies ist erstrebenswert und der wohlverdiente Lohn für Leistung, wobei Leistung sich an ökonomischen Größen, letztlich in *Geldeinheiten*, messen lässt. Wer viel leistet, der soll dafür auch viel bekommen – so lautet die Gerechtigkeitsvorstellung der Mittelschicht. Danach leistet jemand, der im Jahr € 10.000 „verdient“, relativ wenig (bezogen auf das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer von, 2004, etwa € 26.600), jemand, der € 30.000 im Jahr „verdient“ mehr, und jemand, der – wie z.B. der Vorstandssprecher der Deutschen Bank – € 30.000 *pro Tag* (ohne Nebeneinkünfte) „verdient“, relativ viel, also ungefähr 365mal so viel. Eine weit verbreitete und wenig umstrittene Formel heißt, dass eine lange Ausbildung auch ein hohes Einkommen rechtfertigt. Wer wenig bekommt, der leistet wohl auch wenig, aus welchen Gründen auch immer, und verdient bestenfalls Existenzsicherung. Klug ist, wer es schafft, andere – auf welche Weise es auch sein mag – für sich arbeiten zu lassen, als „Arbeitgeber“ (die Ideologie steckt bereits im Begriff), Spekulant, Aktionär und sich einen Teil ihrer „Leistung“ anzueignen. Da Leistungen von Individuen erbracht werden, ist auch jeder verantwortlich für sein eigenes Schicksal, für seinen Erfolg ebenso wie für sein Versagen. Leistung kann sich am besten im Wettbewerb entwickeln. Daher ist der Kapitalismus, der auf Wettbewerb basiert, in dieser Logik auch die den Menschen wirklich angemessene Wirtschafts- und Gesellschaftsform.

In diesem Wettbewerb siegt, wer die besten Wachstumschancen hat. Was nicht wächst, geht zwangsläufig im Konkurrenzkampf unter, und das ist auch gut so, es entspricht dem evolutionären Gesetz vom *survival of the fittest*. Individuell ist der Einkommenszuwachs, gesellschaftlich und politisch ist die *Wachstumsrate des Sozialproduktes* zum wichtigsten Nachweis und Ziel für Erfolg geworden. Da gibt es zwar manchmal auch Probleme, aber dafür werden wir – in der Regel technisch-wissenschaftliche – Lösungen finden. Nur in der Mittelschicht gibt es die Überzeugung, dass durch „rationale“ Argumentation und Verhandlung Probleme gelöst werden können und dass dies immer den Ausgleich unterschiedlicher Interessen durch Kompromiss erfordert. Verhandlungslösungen kommen in der Regel dann zustande, wenn alle, die um den Verhandlungstisch herum sitzen, etwas dabei gewinnen („win-win-Situationen“) (das ist freilich nur dann möglich, wenn man sich auf Kosten derer einigt, die nicht am Tisch sitzen) – bei Jürgen Habermas heißt dies der „herrschaftsfreie Dialog“ (diese Figur wird 1981 zum Schlüsselkonzept seiner Gesellschaftsanalyse). Die Ungleichverteilung von Reichtum ist deshalb kein gesellschaftliches Problem, weil durch die Ausgaben der Reichen auch immer etwas für die Armen abfällt („Brosamentheorie“) bzw. weil staatlich organisierte Umverteilung für sozialen Ausgleich sorgt. Es ist also gar nicht wichtig, so diese Theorie, ob einer an den schicken

Orten der Welt zehn oder fünfzehn Häuser besitzt – da er für deren Unterhalt Verwalter, Lakaien, Gärtner, Handwerker, Sicherheitsdienste, Versicherungen etc. benötigt, fällt immer für andere etwas ab. Die wiederum bezahlen Mieten, Konsumausgaben, Telefongebühren, Steuern etc., so dass daraus wieder Einkommen und Beschäftigung für andere entsteht, etc. Wenn wir den Reichtum begünstigen, dann sorgen wir nach dieser „Theorie“ gleichzeitig dafür, dass auch die Armen ihr Auskommen haben.

Aus diesem Grund ist es auch richtig – so immer noch diese Logik – die Steuerlast der Reichen durch allerlei Ausnahmen zu erleichtern, weil die ja dann ihr Einkommen so ausgeben werden, dass daraus Beschäftigung und Einkommen für andere wird. Vor einigen Jahren ist einem Hamburger Multimillionär und vielfachen Immobilienbesitzer dies aufgefallen. Er hat seine Einkommenssteuererklärung gesetzlich legal klein gerechnet und ist dann zum Wohnungsamt gegangen, um eine Sozialwohnung zu beantragen – er hat den Berechtigungsschein bekommen und diesen seiner eigenen Meinung nach skandalösen Vorgang dann in der Presse veröffentlicht.

Solche Bilder dominieren bei uns, sie beherrschen die Medien, die uns weiterhin unbeschwerten Konsum empfehlen; die Regierungen, die uns angesichts des schon erkennbar zusammenbrechenden Sozialsystems beteuern, die Renten seien sicher; die Wirtschaft, die weiter unbeeindruckt behauptet, durch höhere Unternehmensgewinne lasse sich (zumindest prinzipiell) ausreichende Beschäftigung für alle schaffen; die Schulen und Universitäten usw. Angehörige der Mittelschicht beherrschen die Medien, die Schulen, die Wirtschaft, die Politik, die öffentliche Verwaltung, die Verbände und Interessengruppen, die Universitäten und die Wissenschaft. *Die Mittelschicht hat die Gesellschaft ideologisch fest im Griff*. Ihr Gesellschaftsbild erscheint nahezu unangefochten als „die Wahrheit“. Die Mittelschicht ist es daher auch, die vor allem sich die Vorteile aus diesem System aneignen kann. Der Mittelschicht gefällt das Bild von den individualisierten Lebensstilen, damit vom Ende der Klassengesellschaft, besonders gut. Soziologen wissen, wie sich daraus Profit ziehen lässt. Sie gehören in der Regel zur Mittelschicht und sind daher deren Gesellschaftsbild verhaftet (gerade sie hätten die professionelle Verpflichtung, diesen Standpunkt zu relativieren, Soziologie auf sich selbst anzuwenden, aber das geschieht selten). Daher lässt sich verstehen, dass Soziologen von Schelsky bis Beck besonders eifrig sind, wenn es darum geht, die „Klassengesellschaft“ oder „Klassenantagonismen“ abzuschaffen und dass dies in dieser Gesellschaft mit Prominenz, Preisen, Einfluss und Geld belohnt wird.⁸

Wir wollen zwei andere Gesellschaftsbilder skizzieren und werden dabei natürlich wieder mancherlei Differenzierungen und Schattierungen, die sich empirisch nachweisen ließen, unterschlagen.

Wir werden auch die *Unterschicht* nicht definieren (→ Kap. 5.1), sondern ein Gesellschaftsbild beschreiben, das „unten“ typisch ist: Danach ist Gesellschaft eine *anonyme Struktur, der man ausgeliefert ist*, auf die man keinerlei Einfluss

8 – vgl. zur empirischen Forschung über Gesellschaftsbilder der Mittelschicht z.B. Pross/Boetticher 1971; Bourdieu, 1987; Girtler, 1989

hat. „Die da oben machen doch, was sie wollen“, und das ist meist zum Nachteil meiner Gruppe. Die Vorstellung, man könne eine Karriere, ein zukünftiges Leben planen, ist diesem Gesellschaftsbild fremd. Womit auch: Die Aussichten, ein Vermögen erben oder durch ehrliche Arbeit ansammeln zu können, sind gering. Wer vom tagtäglichen Verkauf der Arbeitskraft lebt (was bei Tages- oder Wochenlohn annähernd wörtlich zu nehmen war), wem das Monatseinkommen gerade für das Nötigste reicht, für den ist *Zukunft keine reale Kategorie*, der kann nicht planen, für den gibt es keine Karriere, da ist ja auch nichts, das sich in eine Karriere investieren ließe. Was hier und jetzt geschieht ist wichtig, darauf muss man reagieren. Wenn einer „sich bildet“, d.h. mit Bücherwissen abgibt, dann will er was Besseres werden, zu „denen da oben“ gehören, die uns aus ihren Büros heraus verwalten. Schriftverkehr ist selten und ungewohnt, Bücher sind nahezu unbekannt. Schon gar nicht werden Bücher geschrieben (abgesehen von der kurzen Blüte einer „Literatur der Arbeitswelt“ in den 1970er Jahren) – deshalb kann ein solches Gesellschaftsbild denen, die ihre Wirklichkeit aus Büchern beziehen (was insbesondere für Sozialwissenschaftler gilt), gar nicht aufscheinen. Für die *Kommunikation* ist typisch, dass sie hohe Anteile nichtverbaler Elemente, also Zeichen, Gesten, Mimik usw., enthält. Die Sprache besteht überwiegend aus kurzen Aussagesätzen, der Konjunktiv – Modus der Möglichkeit und beliebt in der Mittelschicht-Sprache – ist nahezu unbekannt. Der Sozialisationsstil ist mehr repressiv als belohnend und ermutigend. Der Markt ist in diesem Bild ein Instrument in den Händen der Besitzenden zur Ausbeutung, zum Betrug der anderen. Was die Werbung mir vorgaukelt, ist für mich ohnehin nicht erreichbar, jedenfalls nicht auf legalem Weg. Und in der Politik teilen sie den Kuchen eh nur unter sich auf. Die Welt ist auf vertrackte Weise so konstruiert, dass ich immer der Betrogene bin.⁹

Auch dieses Gesellschaftsbild beruht auf *realer Erfahrung*, ist also ebenso „wahr“ wie das erste, vielleicht sogar deutlich häufiger. Aber da die Unterschicht nicht über die Macht und die Ausdrucksmöglichkeiten der Mittelschicht verfügt, ist uns (also den Angehörigen der Mittelschicht, denn nur sie werden dieses Buch lesen) dieses Gesellschaftsbild fremd. Da Schrift das wichtigste Medium ist, um Informationen aufzubewahren und Erfahrungen zu tradieren, ist es gerade der Alltag der „kleinen Leute“, das normale Leben, das den Sozialwissenschaftlern und Historikern nur schwer zugänglich ist. Eine „Geschichte von unten“, jenseits der Kriege und Helden, muss anders erschlossen werden und sich anderer Quellen bedienen. Die „unten“ werden nicht nur um ihre Gegenwart, sondern auch um ihre Vergangenheit betrogen. Insofern sind auch Frauen überwiegend „unten“.

Tatsächlich ist die Unterschicht – in unserer Gesellschaft ebenso wie global – der Verlierer, das Opfer, ausgebeutet, an den Rand gedrängt, die *benachteiligte Mehrheit*. Während Unterdrückung und Ausbeutung früher durch physische Gewalt geschahen, geschehen sie heute durch die Regeln des Marktes und der politischen Entscheidung, und die sind *zum Nachteil der Unterschicht*

9 – vgl. zur empirischen Forschung über solche Gesellschaftsbilder z.B. Popitz et al., 1957; Beckenbach et al., 1973; Lempert/Thomssen, 1974; Kern/Schumann, 1977

gemacht. Das gilt auch in Wahrnehmung und Sprache: Wir Mittelschichtler, die wir Bücher lesen, halten uns für die Mehrheit und die Angehörigen der Unterschicht für eine kleine, zahlenmäßig auch noch abnehmende, Randgruppe – auch wenn das empirisch falsch ist. Der Begriff „Ausbeutung“ – der ja einfach bedeutet, dass jemand sich das Ergebnis der Arbeitsleistung anderer aneignet – ist aus der Gesellschaftsanalyse, ist auch aus den Medien verschwunden, obgleich das Phänomen in der Wirklichkeit millionenfach anzutreffen ist.

Die in der Mittelschicht und ihren Vertretern seit wenigen Jahrzehnten so beliebte Vorstellung, nach der Talente und Leistungsfähigkeit angeboren, genetisch fixiert seien, erweist sich ihr in doppelter Hinsicht als nützlich: Sie bestätigt die eigene Höherwertigkeit und liefert gleichzeitig eine Begründung dafür, dass die Unterschicht unten ist, bleibt und bleiben soll. Das mag der Grund dafür sein, dass ausgerechnet das Nachrichtenmagazin Der Spiegel diese Theorie besonders eifrig propagiert.¹⁰ Noch in den sechziger Jahren herrschte die Annahme vor, Talente entwickelten sich vor allem in der frühkindlichen Sozialisationsphase und bedürften darum gerade bei denen „unten“ besonderer Förderung. Heute ist dagegen die „Theorie“ der Eliteförderung prominent, nach der die „Hochbegabten“ möglichst schnell und sicher in gesellschaftlich privilegierte Positionen gebracht werden sollen, ohne sich durch die „Minderbegabten“ darin aufhalten zu lassen. Diese „Theorie“ kann ihren faschistischen Hintergrund kaum verleugnen: Wenn es genetisch bedingte, daher auch nicht veränderbare Unterschiede in der Leistungsfähigkeit zwischen Menschen gibt, dann rechtfertigt dies auch, die weniger Leistungsfähigen mit nur der nötigsten Schulbildung, nur der gerade Existenzhaltenden Nahrung, nur aller einfachsten Wohnbedingungen zu versorgen, Behinderte wegzuschließen etc. Dann ist man nicht mehr weit entfernt von Ideen des „unwerten“ Lebens, von Euthanasie und Rassismus. Logisch handelt es sich um eine „self-fulfilling prophecy“: Indem ich die einen besonders sorgfältig pflege und die anderen vernachlässige (was z.B. in den geplanten „Elitehochschulen“ der Fall sein wird), erschaffe ich die einen als „hochbegabt“ und die anderen als „minderbemittelt“.

Wir wollen diesen beiden noch ein drittes, ein *utopisches Gesellschaftsbild* gegenüberstellen, um damit deutlich zu machen, dass es auch „Wahrheiten“ gibt, die in der gesellschaftlichen Realität gar nicht so häufig empirisch nachgewiesen werden, obgleich sie uns allen vertraut sind. Es existiert oft unausgesprochen neben den beiden anderen – Gesellschaftsbilder sind also nicht homogen und nicht frei von Widersprüchen. Dieses Gesellschaftsbild zählt nicht den monetären Erfolg als Leistung, sondern mitmenschliche Teilnahme, Freundlichkeit, Wärme, Mitleid, Geduld und Hilfsbereitschaft. Leistung hat viele Dimensionen, und es gibt niemanden, der nicht für irgendeinen anderen wichtig ist. Gerech ist danach eine Situation, in der die Ressourcen der Welt, soweit sie erneuerbar sind und damit für den Konsum überhaupt zur Verfügung stehen, *allen* Menschen zugänglich sind, um ihre Grundbedürfnisse zu erfüllen. Vor allem aber ist Leistung ein gemeinschaftlicher Akt: Jeder ist, um etwas zu leisten, auf andere angewiesen, und niemand ist individuell verantwortlich dafür, wenn

10 – letztes von vielen Beispielen: Die Biologie der Partnersuche, 9/2005, 168 ff.

z.B. ein Betrieb hunderte von Beschäftigten entlässt. Jede Arbeit ist etwa gleichviel wert; allenfalls ist es richtig, die schmutzigsten und gefährlichsten Tätigkeiten am höchsten zu entlohnen. Bildung ist ein Privileg gegenüber denen, die schon früh ihren Lebensunterhalt erarbeiten müssen, und rechtfertigt keineswegs später höheres Einkommen, sondern verpflichtet vielmehr zu besonderer Verantwortung. Nicht Konkurrenz bringt die gesellschaftlich erwünschten Resultate, sondern Solidarität und Verständigung. Gesellschaft soll in Harmonie mit ihrer natürlichen Umwelt leben, also dieser Umwelt nicht mehr entziehen, als sie reproduzieren kann, und sie soll anderes Leben ebenso achten wie das eigene. Die Umwelt ist das Wertvollste, das wir überhaupt haben – wir müssen sie daher sorgsam pflegen und dafür unser bestes Wissen einsetzen. Dagegen können wir leicht auf Rüstungswettlauf, Raumfahrt, Großtechnologien, Rohstoffbörsen, Kapitalmärkte, Datenautobahnen, Autorennen, Apparatedizin, Werbung, Moden, Verschwendungsproduktion, Bürokratie, internationale Wettbewerbsfähigkeit usw. verzichten. Die Vorstellung, dass ein Markt, auf dem sich zwischen Angebot und Nachfrage ein Tauschwert einstellt, Regelungsmechanismus einer guten Gesellschaft sein könnte, ist diesem Bild widersinnig, absurd. Vielmehr müssen wir mit möglichst sparsamem Ressourceneinsatz Gebrauchswerte herstellen, d.h. die nötigen Güter in möglichst hoher Qualität und Langlebigkeit produzieren und die Preisbildung so organisieren, dass sie zu allseits gerechten Einkommen führt. *Der eigene Wert besteht darin, wertvoll für andere zu sein.* Die Vorstellung, materielle Bedürfnisse seien unbegrenzt, ist unsinnig und daher auch die Idee vom prinzipiell nicht begrenzten Wachstum. Wo es Ungleichverteilung gibt, da muss die Not derer, die nichts haben, durch Umverteilung aus dem Reichtum anderer gelindert werden.

Auch dieses Gesellschaftsbild steckt in unseren Köpfen, freilich oft resignativ, mit einem „die Welt ist halt nicht so“. Aber ganz offensichtlich ist es die Grundlage unserer *persönlichen Ethik*. Tatsächlich betrügen wir in der Regel im privaten Umgang unsere Nächsten nicht, helfen Schwächeren, lügen und stehlen selbst dann nicht, wenn wir belogen und bestohlen werden – und wenn wir es doch tun, dann haben wir meist ein sehr feines, gut ausgebildetes Gefühl dafür, Unrecht getan zu haben (→ Kap. 6.1.1). Nicht nur das: Wir benehmen uns im Allgemeinen auch so, als könnten wir von unseren Mitmenschen Gleiches erwarten – dass sie uns nicht betrügen oder belügen, nicht bestehlen oder verleumden. Jedenfalls sind wir enttäuscht, wenn sie es dennoch tun. Dieses utopische Gesellschaftsbild ist real, uns weit herum auch gemeinsam (weit über die Grenzen unserer eigenen Gesellschaft hinaus): Die Utopie von der besseren Gesellschaft ist keine rein subjektive, private Phantasie, sondern das unterdrückte, verdrängte Wissen um die für alle besseren Regeln und um eine gemessen daran höchst ungenügende Wirklichkeit. Es ist die Kritik dieser Wirklichkeit. Wir nennen das Moral, Ethik, Religion oder dergleichen. Die ganz an die falsche Wirklichkeit Angepassten erkennt man leicht daran, dass sie „mal die Moral auf der Seite lassen“ wollen, wenn sie vermeintlich nüchtern und angeblich wissenschaftlich über die Wirklichkeit sprechen – als ob es eine Wissenschaft, eine Erkenntnis der Wahrheit jenseits und über der Ethik geben könne?! Es ist bemerkenswert und sicherlich ein Symptom für den Zustand

unserer Gesellschaft, dass dieses Gesellschaftsbild ganz ins Private abgedrängt wurde und in der öffentlichen (und sozialwissenschaftlichen!) Diskussion bestenfalls ein mitleidiges Lächeln hervorruft.

Die drei Gesellschaftsbilder, so idealtypisch verkürzt und unvollkommen sie skizziert sind, sind *alle wahr* in dem Sinne, dass sie eine bestimmte Einsicht oder Erfahrung in eine Theorie verdichten. Der Umgang mit Sprache, mit Sexualität, mit Gewalt, die Vorstellung von Gerechtigkeit, von Gut und Böse, von Wahrheit ist in allen drei verschieden. Es hängt von der eigenen gesellschaftlichen Position, von den eigenen Interessen, von der eigenen Einsicht ab, welchem Bild man mehr Gewicht gibt. Gesellschaftsbilder werden durch Sozialisation vermittelt und durch selektive Kontakte bestärkt und stabilisiert. Immer tendieren wir dazu, das jeweils uns eigene für die ganze Wahrheit zu halten und unsere Welterfahrungen in dem jeweiligen Bezugsrahmen zu interpretieren: Es sind Ideologien.

Besonders umfassend und durchdringend war die Ideologisierung während des *Kalten Krieges*. Sie bestimmte alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die Medien, die Politik, die Wirtschaft, die Erziehung, die Sprache – auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Immer war a priori die andere Seite aggressiv, falsch verlogen, moralisch minderwertig und natürlich ideologisch, während man selbst auf der guten Seite stand und allenfalls durch die die Perfidie der anderen zu Dingen getrieben wurde (z.B. den Vietnamkrieg, die Unterstützung blutrünstiger Diktatoren), die man sonst niemals tun würde. Kaum jemand machte sich die Mühe, auf der anderen Seite einmal vorurteilslos-empirisch zu fragen, wie denn dort wichtige gesellschaftliche Probleme – Ungleichheit, Rolle des Staates, Gerechtigkeit, Eigentum, Demokratie – in der jeweils eigenen Logik gelöst wurden. Beidseitige Reisebeschränkungen verhinderten die persönliche Information: Die DDR war vor 1989 für Bundesdeutsche das Fremdeste aller Länder, und Amerikaner dürfen bis heute nicht nach Kuba reisen. Wir brauchten nicht zu fragen, weil wir das immer schon wussten: bei uns gut, dort schlecht. Leider sind auch noch große Teile der Transformationsforschung von solchen Voreinstellungen geprägt, und ganz gewiss war das die westliche Praxis im Osten nach 1989. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Regime glauben Viele an das Ende der Ideologien.¹¹ Dabei ist die Ideologie („Es gibt keine Alternative“) heute nur weitgehend ohne Konkurrenz, gegen die sie sich beweisen müsste.

Da alle drei Gesellschaftsbilder gleichzeitig vorkommen, wäre es unsinnig, darüber Mehrheiten bilden oder sie per Fragebogen abfragen zu wollen. Gesellschaftsbilder hängen mit gesellschaftlichen Interessen zusammen, sie rechtfertigen solche Interessen, konstruieren einen schlüssigen theoretischen Zusammenhang, in dem die jeweils eigenen Interessen als legitim erscheinen. Da jedes dieser Bilder sich auf eine erfahrbare empirische Realität berufen kann, erscheint es für uns selbst als wahr – und dann muss, so scheint uns, das *andere* falsch, ideologisch sein. Daher ist auch zu erklären, weshalb viele Angehörige der Mittelschicht, darunter Studierende, soziale Ungleichheit als gerecht empfinden – es rechtfertigt die eigene privilegierte Position. Sie werden darin

11 – Viel früher schon glaubte das Daniel Bell 1960

bestärkt einmal durch jene vulgär-darwinistische Begründung des Kapitalismus, nach der soziale Ungleichheit produktiv sei, weil sie die Menschen im Kampf untereinander zu Höchstleistung, zu maximaler Aggressivität anstachle; zum anderen durch die Ideologie, nach der in konservativen Zeiten immer besonders laut behauptet wird, Talente seien angeboren. Wer so angeblich naturgesetzlich (und damit ja auch nicht veränderbar) soziale Ungleichheit begründet, der hat keinen Grund mehr für die Achtung des anderen, gar des in irgendeiner Hinsicht Schwächeren.

1.2 Sozialstruktur

1.2.1 Sozialstruktur und Sozialstrukturanalyse

Wir haben argumentiert, dass das Handeln, das Wissen und die Einstellungen von Menschen durch ihre *Position in einer sozialen Struktur* bestimmt sind, bestimmt nicht in einem deterministischen, sondern in einem probabilistischen Sinn. Soziale Strukturen definieren Handlungsspielräume. Was ist Sozialstruktur? Unter „Struktur“ im Allgemeinen verstehen wir ein *relativ stabiles Beziehungsgeflecht zwischen Elementen*. So wollen wir auch von Sozialstruktur sprechen als von einem *relativ stabilen Beziehungsgeflecht zwischen gesellschaftlichen Einheiten*. Einheiten sind Individuen, aber auch Kollektive: Familien, Haushalte, Gruppen, Betriebe, Vereine, Parteien, Städte, Staaten. „Beziehungen“ meint, dass irgendetwas zwischen diesen Elementen *ausgetauscht* wird: Gefühle, Absichten, Geld, Informationen, Befehle. „Muster“ soll bedeuten, dass dieser Austausch einigermäßen regelmäßig so und gerade so stattfindet. Und relativ stabil heißt nicht statisch, nicht unveränderbar, aber immerhin beharrend, sich rascher und kontinuierlicher Veränderung nicht ohne weiteres fügend. Vereinfacht gesagt handelt es sich um die außerhalb der Individuen existierenden gesellschaftlichen Institutionen, die unser Verhalten steuern und ihm Richtung, Grenzen und Vorhersagbarkeit geben.¹²

Sozialstrukturanalyse bedeutet dann, dass wir für eine zu definierende Gesellschaft festzustellen suchen, welches die typischen und relativ dauerhaften *Muster des Austauschs* zwischen den gesellschaftlichen Einheiten, also letztlich zwischen den einzelnen Menschen sind, dass wir das „Skelett“ dieser Gesellschaft freilegen und seine Funktionsweise verstehen lernen. Wir werden Institutionen, die durch sie festgelegten Positionen und die durch sie definierten Rollen, also Verhaltenserwartungen, untersuchen. Diese innere Struktur muss in ihrer *Abhängigkeit* von anderen Ebenen von Gesellschaft und sie muss in ihrer *Veränderlichkeit* begriffen werden. Dies ist der eigentliche Kern von Sozialstrukturanalyse. Allerdings hat sich konventionell ein zweiter großer Bereich eingebürgert, der genauer als Untersuchung *sozialer Differenzierung* bezeichnet werden sollte. Differenzierung bedeutet, dass Phänomene in sich gegliedert sind, Bevölkerungen also z.B. nach Altersklassen. Im Gegensatz zum üblichen Sprachgebrauch („Altersstruktur“) handelt es sich dabei nicht um eine Struk-

12 – vgl. z.B. auch die Definitionen bei Giddens, 1995, 23; Geissler, 2002, 19 f.; Schäfers, 2004, 3 f.

tur, denn Altersklassen sind *formale* Einteilungen und haben keine regelmäßigen und dauerhaften Austauschbeziehungen untereinander (im Gegensatz z.B. zu Generationen). Die Grenzen zwischen beiden sind nicht immer scharf zu ziehen: Während in der Ungleichheitsforschung soziale Schichten eine Form der Differenzierung sind (meistens operationalisiert als die Verteilung von Einkommen, Bildung und Status in einer Bevölkerung, es gibt keine regelmäßigen und dauerhaften Austauschbeziehungen zwischen Schichten), ist das bei Klassen anders – der Klassenbegriff enthält notwendig den Klassenkonflikt um den gesellschaftlich produzierten Mehrwert und ist folglich ein Strukturbegriff.

Immer beziehen sich Sozialstrukturanalysen auf *ganze* Gesellschaften. Sie wollen etwas über das *Funktionieren* dieser Gesellschaften aussagen, beziehen sich auf die *Gegenwart*, sind *makroanalytisch* und *empirisch* angelegt. Ob und unter welchen Bedingungen das „Funktionieren“ einer Gesellschaft empirisch festgestellt werden kann, ist umstritten. Seit Jahrzehnten sind die Medien in Deutschland voller Klagen darüber, dass die deutsche Gesellschaft nicht funktioniere. Der Alltag der überwiegenden Zahl der Mitglieder dieser Gesellschaft aber verläuft weitgehend reibungslos, auch wenn sie über das eine oder andere klagen mögen. Es ist durchaus nicht klar, ob das ständige Einfordern von Reformen nur der Auflagensteigerung sensationssüchtiger Medien dient oder ob es wirklich von einer Mehrheit der Menschen geäußert würde. Nach unserem Erkenntnisinteresse würden wir, um „Funktionieren“ attestieren zu können, mindestens zweierlei verlangen: Es wäre (1) nachzuweisen, dass die Grundbedürfnisse der Mitglieder dieser Gesellschaft befriedigt werden, ohne dass (2) dies auf Kosten von Menschen in anderen Gesellschaften oder der zukünftigen Generationen geschieht.

Der Unterschied zum zweiten großen Bereich der Makrosoziologie, der Analyse *sozialen Wandels*, besteht im Verhältnis zur Zeit. Da wirkliche Gesellschaften sich unentwegt sowohl im Ganzen wie in ihren Teilbereichen verändern, ist die Unterscheidung künstlich und wir werden sie auch hier nicht durchhalten können, werden daher Struktur *und* Wandel behandeln.¹³ *Netzwerkanalysen*¹⁴ unterscheiden sich von Strukturanalysen in zweierlei Hinsicht: einmal befassen sie sich nur mit einem Ausschnitt aus einer Struktur, zum zweiten behandeln sie eine momentane Manifestation, während Struktur das überdauernde, stabile Gerüst dahinter ist.

Ein allgemeines Einverständnis darüber, was Bestandteil einer Sozialstrukturanalyse sein müsse, gibt es nicht. In fast allen Texten kommen Bevölkerung und Ungleichheit, also Merkmale der sozialen Differenzierung vor – aber Recht, Religion, Familie, Jugend, Wissenschaft, Bildung, Siedlung, Sport sind deutlich seltener zu finden, obgleich sich gute Argumente für ihre Wichtigkeit angeben ließen.

Es gibt Sozialstrukturanalysen, die verbale Interpretationen statistischer Zahlen, z.B. des Statistischen Jahrbuchs der Bundesrepublik sind. So verfährt etwa der alle zwei Jahre erscheinende „Datenreport“, der kritiklos übernimmt,

13 – wie übrigens auch Schäfers, 2004

14 – Zur Einführung z.B.: Jansen, 2003; vgl. auch: Castells, 2004

was ihm die amtliche Statistik anliefert (z.B. werden die Arbeitslosenzahlen der Bundesagentur für Arbeit unkommentiert nachgedruckt, obgleich bekannt ist, dass sie die wirkliche Arbeitslosigkeit um wahrscheinlich etwa fünfzig Prozent unterschätzen). Eine (theoretische) Begründung dafür, welche Bereiche dort behandelt werden und welche nicht, gibt es nicht.

Ein zweiter Typ versteht sich als enzyklopädische Beschreibung der Gesellschaft.¹⁵ Der Autor mag sich zwar klar darüber sein, dass es eine Beschreibung ohne Theorie nicht geben kann, aber die Theorie bleibt unausgesprochen. Dem Autor ist klar, was er warum für „wichtige“ Merkmale einer Gesellschaft hält, und meist verbindet sich das mit einer Idee von „Vollständigkeit“.

Ein dritter Typ wird angeleitet durch eine explizit angegebene Theorie¹⁶ oder einem analytischen Blickwinkel. Dort wird angegeben, warum welche Teilbereiche in welcher Weise behandelt werden. „Vollständigkeit“ macht hier keinen Sinn, sie würde nur das jeweilige Erkenntnisinteresse vorstellen. Vielmehr ist wichtig, aus den grundsätzlich beliebig vielen Aspekten der Sozialstrukturanalyse gerade die herauszuarbeiten, die für das Erkenntnisinteresse zentral sind. Das gelingt natürlich nicht immer. An einem aktuellen Beispiel: Hradil¹⁷ argumentiert zu Recht, dass Sozialstrukturanalysen ohne theoretischen Bezugsrahmen die Gefahr innewohnt, „den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen“ zu können. Er schließt sich den „Modernisierungstheorien der 1950er und 1960er Jahre“ an, freilich nicht ohne auffallendes Bemühen, sie immer wieder zu relativieren. So rekapituliert er die wichtigsten kritischen Einwände gegen diese Theorien, freilich ohne daraus Konsequenzen zu ziehen.¹⁸ Er fährt dann – für uns noch weniger akzeptabel – fort, indem er „Theorien, in denen pessimistische Entwicklungsperspektiven eindeutig überwiegen“ aus seiner Betrachtung ausschließt: das seien „keine Modernisierungstheorien“.¹⁹ Mit anderen Worten: Hradil trifft eine normative Vorentscheidung, die als „Modernisierung“ nur sehen will, was seiner Ansicht nach „optimistisch“ zu bewerten ist. Er fragt also nicht nach der *empirischen* Entwicklung von Gesellschaften (die ja durch wachsende Abhängigkeiten, Ungleichheiten, Ausbeutung, durch Leiden und Opfer usw. charakterisiert sein könnte), sondern kennt den positiven Fluchtpunkt der Geschichte, entwickelt daran seinen Maßstab und schließt dem widersprechende empirische Daten aus. Allerdings ist ihm „nicht wichtig, ob die oder ggf. welche Modernisierungstheorie ‚stimmt‘. Wichtig ist nur, der folgenden Darstellung *gedanklich* eine inhaltlich eindeutige Modernisierungstheorie zu Grunde zu legen. Aus ihr sollten erstens modellhafte Aussagen über den sozialstrukturellen Modernisierungsweg aller Länder der Erde (sic!) abzuleiten sein. ... Zweitens sollte die zu Grunde gelegte Theorie auch populär und als Alltagstheorie in den Köpfen vieler Menschen präsent sein“.²⁰ Wenn es aber erheb-

15 – z.B. Schäfers, 2004

16 – z.B. Modernisierungstheorie bei Zapf, 1995; Hradil, 2004; Klassentheorie bei Autorenkollektiv, 1974; Krysmanski, 1982; Koch, 1994

17 – Hradil, 2004, 11

18 – ebd., 23 f.

19 – ebd., 24

20 – ebd., 24 f. – woher er letzteres weiß, bleibt im Dunkeln

liche empirische Einwände gegen eine Theorie gibt, was Hradil ja nicht leugnet, dann ist nicht einzusehen, wie sie dann eine fruchtbare Messlatte für Vergleiche abgeben kann. Zu allem Überfluss will er dann am Ende doch „immer wieder anhand empirischer Befunde“ prüfen, ob diese Theorien zutreffen. Das kann nur in einem logischen Zirkel enden: Eine Messlatte wird entwickelt, an der selektiv Daten aufgereiht werden, an denen dann die Richtigkeit der Messlatte „geprüft“ wird. So erweist sich denn auch das „modernisierungstheoretische Modell der Sozialstrukturentwicklung“, das „der Kürze halber“ in einer Tabelle zusammengestellt wird,²¹ als von der Kritik gänzlich unbeeindruckt, pauschalistisch und ethnozentrisch aus der europäischen Erfahrung generalisiert. Das Beispiel zeigt, dass die Berufung auf eine Theorie noch lange nicht sicherstellt, dass auch die daran orientierte Sozialstrukturanalyse überzeugend ausfällt.

Was wir als „Skelett“ von Gesellschaft verstehen (also für mehr und was wir für weniger wichtig halten) und wie wir bei der Analyse der Institutionen und Austauschbeziehungen vorgehen, ist abhängig von unserem *Erkenntnisinteresse* und unserer *Fragestellung*. Wenn das Erkenntnisinteresse sich auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Gesellschaft im internationalen Konkurrenzkampf richtet, wird man das „Funktionieren“ der Gesellschaft anders definieren und für die Analyse andere Variable heranziehen, als wenn man wissen möchte, wo Deutschland im Modernisierungsprozess steht oder auf welche Weise die Gesellschaft Probleme bewältigt, die aus sozialer Ungleichheit entstehen. Es gibt daher nicht die eine, die „objektive“ Festlegung dessen, was Sozialstrukturanalyse sei. Vielmehr ist immer anzugeben, worauf sich das Erkenntnisinteresse richtet und was die Erkenntnisleitende Fragestellung ist. Das geschieht selten explizit; meist ist man darauf angewiesen, es implizit zu erschließen.

1.2.2 Struktur – Verhalten – Handeln

Jede Sozialstrukturanalyse unterstellt, *dass zwischen Struktur und sozialem Handeln Zusammenhänge bestehen*. Wenn wir der Vermutung nachgehen, dass es gerade das Ineinanderwirken verschiedener Institutionen ist, das Menschen ein Verhalten nahe legt, dann können wir fragen, wie das geschieht, dieses Ineinander- und Hineinwirken. Deshalb unterscheiden wir hier auch bewusst *Handeln*, als ein in der Tendenz aktives, selbst bestimmtes, absichtsvolles Tun, von *Verhalten*, einem in der Tendenz eher fremdbestimmten, wenig reflektierten „Sich-von-außen-lenken-Lassen“ – und vermuten, dass letzterem der höhere Erklärungswert für den gesellschaftlichen Alltag und die gesellschaftliche Stabilität, jenem die größere Bedeutung zur Lösung gesellschaftlicher Probleme, für Wandel und Veränderung zukommt. Einer der Gründe dafür ist, dass wir alle durch Gewohnheiten und Routine in unserem Alltagsleben davon entlastet werden, ständig neu über Situationen nachzudenken und immer neu zwischen möglichen Handlungsalternativen zu entscheiden. Die Frage, *ob und unter welchen Bedingungen für wen soziale Strukturen Verhaltensspielräume eröffnen*, die durch Handeln interpretiert, womöglich gar verändert werden können, bildet den Fluchtpunkt unserer Argumentation.

21 – ebd., 30 f.

Handeln/Verhalten und Struktur sind *wechselseitig voneinander abhängig*: Wenn durch die soziale Struktur verfügbare Handlungsspielräume definiert werden, so wird andererseits durch Verhalten/Handeln die Struktur immer wieder bestätigt bzw. modifiziert. Die Menschen finden Strukturen vor, sind durch sie geprägt, ebenso wie sie sie durch Verhalten/Handeln bekräftigen. Wer Weihnachtsgeschenke kauft, bestätigt und bestärkt damit die Institution „Weihnachten“ in den bisher üblichen, überkommenen, kommerzialisierten Formen. Wer beschließt, dies nicht zu tun, verändert damit, wie marginal auch immer, die Institution. Würde eine solche Art der Konsumverweigerung Schule machen, dann würde aus Weihnachten etwas anderes, neues, die Institution würde sich verändern.

Institutionen sind der Leim, der aus Bevölkerungen erst Gesellschaften macht. Sie sind die Elemente, die Einheiten sozialer Strukturen. Das definiert ihre Aufgabe: Institutionen haben Funktionen und können danach beurteilt werden, ob sie die mehr oder weniger gut erfüllen. Dazu müssen wir auf eine *Vorstellung von der „guten“, der „richtigen“ Gesellschaft* zurückgreifen. Erst von dort aus macht es Sinn, die vorhandenen Institutionen zu untersuchen – und das heißt gleichzeitig: ihre Wirkungsweise kritisch zu diskutieren.

Ein Durchgang durch die soziologischen Lexika zeigt, dass der Begriff „Institution“ zu den schillerndsten, unklarsten und dennoch häufigsten in der Soziologie gehört. Wir wollen an dieser Stelle eine formale Definition einführen: *Institutionen sind verfestigte Verhaltensregeln und Beziehungsmuster, die einen – gegenüber der subjektiven Motivation – relativ eigenständigen Charakter besitzen.* Sie sind dem Menschen als „soziale Tatsachen“ vorgegeben, werden im Sozialisationsprozess erlernt, sind häufig rechtlich definiert und durch Sanktionen abgesichert.

Soziales Verhalten ist mehr oder weniger institutionalisiert, d.h. mehr oder weniger routinisiert und formalisiert. Diese formalisierten und routinisierten Muster lernen wir als uns äußerliche kennen. Wir lernen, ihnen zu folgen, ohne in der Regel erkennen oder verstehen zu können, dass es sich um Konventionen handelt, die von Menschen gemacht, von Machtverhältnissen abhängig sind und prinzipiell verändert werden können. Es gibt keine Institution, die für alle Menschen in jeder Zeit die „beste“ wäre. Oft erscheinen sie uns „natürlich“, selbstverständlich, als „dem Menschen gemäß“, aber das hängt mehr damit zusammen, dass wir es nicht gelernt haben, nach Alternativen zu fragen. Da wir von Geburt an in Institutionen hineinsozialisiert werden (Familie, Kindergarten, Schule, Betrieb, Gemeinde), erscheinen sie uns „natürlich“, notwendig, dauernd – im Sinn von unveränderbar.

1.2.3 Globalisierung

„Internationale Verflechtung“ beschreibt den Austausch von Menschen, Waren, Dienstleistungen, Kapital oder Informationen zwischen Staaten nach einem feststellbaren und relativ dauerhaften Muster. Solche Verflechtungen hat es immer gegeben, seit es Staaten gibt; allerdings sind sie im historischen Verlauf dichter und vielfältiger geworden. „Globalisierung“ meint eine neue Qualität dieser Entwicklung: Bei „internationalen Verflechtungen“ stehen die beteiligten

Staaten im Vordergrund, und es sind nicht notwendig alle Staaten einbezogen; bei „Globalisierung“ sind alle Staaten einbezogen, und das Verflechtungsmuster bestimmt das Handeln der Akteure mehr als umgekehrt. Globalisierung will verweisen auf den Prozess der Ausbildung einer *Weltgesellschaft*. Motor dieser Entwicklung ist die globalisierte Wirtschaft; ihre Folgen zeigen sich jedoch auch in Politik, Ökologie, Kultur und Gesellschaft. Doch die globalen Interdependenzen überziehen die Erde weder gleichmäßig noch symmetrisch: Die Entwicklungsbedingungen variieren nach der Stellung eines Landes in einem hierarchischen Weltsystem. Ein solcher Prozess ist, beginnend mit dem Zeitalter der großen „Entdeckungen“, in den Weltsystemtheorien²² beschrieben worden. Die Ungleichheit zwischen den Staaten nimmt zu. Globalisierung wird sowohl absichtsvoll vorangebracht, als auch eigendynamisch verstärkt (machtpolitische, wirtschaftliche, technische, ökologische Triebkräfte). Im Begriff „Globalisierung“ schwingt die Vorstellung mit, die Welt werde überall von einem immer dichteren Geflecht von Wirtschaftsbeziehungen überzogen. Die Entwicklungsbedingungen überall auf der Erde glichen sich aneinander an, es handle sich also um einen Vorgang der Homogenisierung, des Ausgleichs sozialer Unterschiede. Das ist nicht nur ungenau, sondern falsch. Von einer gleichmäßigen Ausbreitung „der Wirtschaft“ kann nicht die Rede sein.²³

Bei aller Komplexität des Vorgangs lässt sich der Beginn der jetzigen Phase der Globalisierung²⁴ doch einigermaßen genau bestimmen: Um die Mitte der 70er Jahre traten plötzlich verschiedene Ereignisse ein, deren innerer Zusammenhang zu einem „Erdrutsch“²⁵ führen sollte. In einer unsystematischen Aufzählung gehörten dazu das Ende des Vietnamkrieges; der erste Ölpreisschock und die Energiekrise; die von steigenden Zinsen, Energiepreisen und einer veränderten amerikanischen Geldpolitik ausgelöste internationale Schuldenkrise; der Beginn der Arbeitslosigkeit in den Ländern der OECD; die Aufkündigung des Bretton Woods-Währungssystems durch die US-Regierung und der Übergang zu freien Wechselkursen; das Ende des Entkolonialisierungsprozesses, die Verschiebungen der Mehrheitsverhältnisse und das damit verbundene neu entstandene Gewicht der Gruppe der 77 in der Generalversammlung der Vereinten Nationen; der von der CIA in Chile herbeigeführte Staatsstreich und die Ermordung von Präsident Salvador Allende; die (totgeborene) Neue Weltwirtschaftsordnung der Vereinten Nationen; der Rückzug der USA aus der Internationalen Arbeitsorganisation (und 1984 aus der UNESCO); die Gründung der G7; die Weltkonferenz über die menschliche Umwelt in Stockholm; der Bericht des Club of Rome über „Die Grenzen des Wachstums“ sowie wichtige technologische Innovationen wie die Erfindung der Glasfaser und des Mikrochips sowie die Verbreitung des Computers; die Anfänge des Internet; die Isolierung einzelner DNS-Abschnitte und der Beginn der Genmanipulation.

22 – allen voran Wallerstein, 1974 ff.; vgl. auch: Frank 1998

23 – Hamm, 2000, 339 f.

24 – Globalisierung ist keineswegs eine neue Erscheinung; schon die Ausdehnung des römischen Weltreiches, vor allem aber die Zeit des Kolonialismus und Imperialismus bis zum Ersten Weltkrieg können so beschrieben werden

25 – Hobsbawm, 1998, 503 ff.

Als sich die Mehrheitsverhältnisse gegen Ende des Entkolonialisierungsprozesses verschoben, begannen die USA zusammen mit ihren westlichen Verbündeten, die VN systematisch zu demontieren (unter anderem mit Vetos im Sicherheitsrat oder der Weigerung, Urteile des Internationalen Gerichtshofes anzuerkennen, wie im Fall der Verminung nicaraguanischer Häfen, oder der politischen Erpressung der VN dadurch, dass die USA nur einen kleinen Teil ihrer Beiträge zahlten) und eine parallele globale Machtstruktur aufzubauen – informell und ohne demokratische Kontrolle: die G7 (→ Kap. 3.2, → Kap. 9.2.1). In diese Zeit fällt auch der Anfang vom Ende der sozialistischen Staaten, das durch innere Widersprüche, vor allem aber durch die Auslandsschulden herbeigeführt wurde.

Auch Altwater/Mahnkopf²⁶ beobachten (wie viele andere) seit Mitte der siebziger Jahre einen tief greifenden Transformationsprozess, den sie als „Informalisierung“, als Auflösung von Normbindungen beschreiben: die Informalisierung der Arbeit, des Geldes und der Politik. Der Nationalstaat hatte einheitliche Normen über die Arbeits- und Sozialgesetzgebung und die Tarifautonomie, über Zentralbank und Kapitalverkehr sowie über demokratische Prozeduren geschaffen, die unter dem Druck der Globalisierung nun schrittweise zerbrochen werden.

Die endgültige Machtübernahme des Neoliberalismus nach 1990 wurde durch fünf zusammenwirkende Faktoren ermöglicht: (1) Der *Neoliberalismus* wurde von den konservativen US-amerikanischen Denkfabriken massiv gefördert und insbesondere in den Medien populär gemacht (→ Kap. 9.2.1). (2) Der so genannte *Nobelpreis für Wirtschaft*, der in Wirklichkeit gar kein Nobelpreis ist, verleiht dem Neoliberalismus wissenschaftliche Autorität. (3) Der „*Washington Consensus*“, eine neoliberale Rezeptur zum Umbau der Wirtschaftssysteme, wird zur Grundlage der „Strukturanpassungspolitik“, mit der Weltbank und Internationaler Währungsfonds die Kontrolle über verschuldete Länder erlangen (→ Kap. 3.2.4). (4) Der *Zusammenbruch der sozialistischen Regime* wird zum Anlass einer epistemologischen Säuberung in den Bildungssystemen zuerst im Osten, dann rasch aber auch im Westen. Dazu kommt (5) die *Entmachtung der Gewerkschaften*. Alle diese Faktoren wirkten zusammen und schufen ein Klima, in dem nur der Marktfundamentalismus Lösungen für sozioökonomische Probleme zu bieten schien.²⁷

1.3 Erkenntnisinteresse: Zukunftsfähigkeit

1.3.1 Globale Krise

Schon seit langem²⁸ und mit zunehmender Intensität²⁹ werden wir darauf hingewiesen, dass die Menschheit dabei ist, ihre *natürlichen Lebensgrundlagen auf dem Planeten Erde zu zerstören*. Belege für diese These sind inzwischen vielfäl-

26 – Altwater/Mahnkopf, 2002, 9

27 – genauer dazu Hamm, 2004, 13 ff.

28 – z.B. Carson, 1962; Shepard/McKinley, 1969; McHale, 1970; Meadows, 1972 und viele andere

29 – Berichte des/an den Club of Rome; Jahresberichte des Worldwatch Institute; Weizsäcker, 1994; Laszlo, 1994; Sachs, 1995 und viele andere

tig vorgebracht worden. Dies ist der eigentliche Kern dessen, was wir als globale Krise wahrnehmen. Wir verwenden dabei den Begriff „Krise“ nicht in einem journalistischen, marktschreierischen, sondern vielmehr in einem analytischen Sinn, der später noch genau definiert werden wird.

Es wird immer wieder bestritten, dass die Menschheit sich katastrophalen Zuständen nähere.³⁰ Auch heute wieder wird argumentiert, dies alles sei gar nicht so schlimm, weil es der Menschheit noch immer gelungen sei, Auswege aus verfahrenen Situationen zu finden. Ein großer Teil der öffentlichen Debatte in den politischen Arenen, den Stellungnahmen von Wirtschaftsverbänden, den Medien wird geführt unter dem Tenor, mit technologischer Innovation und unbeirrtem Festhalten am Ziel des wirtschaftlichen Wachstums sei das schon zu meistern. Wir werden Argumente dafür vortragen, dass damit gerade die Mechanismen angerufen werden, die in die Krise geführt haben, dass es sich also um *einen fatalen Irrweg* handelt. Wie immer dem sei, muss verantwortliches Handeln vom schlimmstmöglichen Fall ausgehen und ihn zu verhindern suchen („precautionary principle“).

1.3.2 Zukunftsfähige Entwicklung

Die Leitfrage unserer Analyse lautet: *Wie können wir späteren Generationen eine Welt hinterlassen, die zumindest gleich viel an Lebenschancen zur Verfügung hält, wie wir selbst vorgefunden haben?* Wir müssen, mit anderen Worten, herausfinden, ob und unter welchen Bedingungen langfristig stabile Zukünfte möglich sein könnten. Dafür hat sich in der internationalen Diskussion der Begriff „Sustainable Development“ durchgesetzt, ins Deutsche oft unvollkommen übersetzt als tragfähige, dauerhafte, nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung: „Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“.³¹

Diese Definition des Brundtland-Berichtes (so genannt nach der Vorsitzenden der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, der damaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland) nennt zwei Probleme, die zu lösen sind: (1) nicht alle Menschen haben gegenwärtig die Chance, ihre Bedürfnisse zu befriedigen – wir brauchen also *intragenerative* Gerechtigkeit; (2) wir dürfen unsere heutigen Probleme nicht auf Kosten künftiger Generationen, also etwa durch Umweltzerstörung oder Schulden, lösen, brauchen daher also auch *intergenerative* Gerechtigkeit.

Dem Begriff Nachhaltige Entwicklung begegnet man derzeit oft und in sehr unterschiedlichen Zusammenhängen. Er ist geradezu modisch abgewertet und taucht selbst in den widersinnigsten Verbindungen auf, vor allem, seit große Unternehmen ihn für ihre Werbung nutzen. Was ist Sustainability – was bedeutet *Zukunftsfähigkeit*? *Zukunftsfähigkeit* ist ein *Prozess, in dem die menschliche Gesellschaft die Harmonie mit ihrer nichtmenschlichen Umwelt wieder findet*. Die Richtung und die Spielräume für die Entwicklung der menschlichen

30 – z.B. Lomborg, 2002, siehe auch die Rezension von Hamm 2005

31 – WCED, 1987, 46

Gesellschaft sind letztlich definiert durch die Tragfähigkeit der Natur. Gewiss verändert sich diese Tragfähigkeit, z.B. im Zusammenhang mit technologischer Entwicklung – aber sie ist immer und unaufhebbar begrenzt. Die „zukunftsfähige Gesellschaft“ ist ein Ziel, auf das wir im Interesse unseres eigenen und des Überlebens künftiger Generationen hinstreben müssen. Die Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung (Rio de Janeiro 1992) hat dafür auf der Grundlage des Brundtland-Berichtes wegweisende Beschlüsse verabschiedet (→ Kap. 2.1).

Daraus ergibt sich die Aufgabe, wissenschaftlich zu untersuchen, ob und wie globale Zukunftsfähigkeit hergestellt werden kann und was dies für unterschiedliche Gesellschaften bedeuten mag.³² Auf dieser Grundlage muss dann entschieden werden, was wir tun sollen, um das Ziel zu erreichen. In dieser Debatte haben sich drei einander widersprechende Positionen herausgebildet:

- Die *größte* und bisher einflussreichste, getragen von den Meinungsführern in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bei uns und in allen westlichen Ländern, tut so, als bestehe das Problem überhaupt nicht, und wenn es bestehe, dann sei erst einmal anderes wichtiger. Über eine gelegentliche verbale Konzession hinaus ist von dieser Seite kaum etwas zu hören. „*Weiter so*“ heißt die Parole. Wenn es denn auf dem bewährten Weg Schwierigkeiten geben sollte, dann können sie mit wirtschaftlichem Wachstum, ein bisschen Umweltschutz und technischem Fortschritt bewältigt werden. Diese Position verliert an Einfluss und Anhängerschaft und wird langsam überholt von
- einer *zweiten* Position, der der „*ökologischen Modernisierung*“. Sie geht im Kern davon aus, dass einem im Grunde erfolgreichen und nur wenig korrekturbedürftigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem lediglich ein neues Element, nämlich weit reichender Umweltschutz, hinzugefügt werden müsse. Hier wird über die Wirksamkeit „marktwirtschaftlicher Instrumente“, die erforderliche Effizienzrevolution, die ökologische Steuerreform, die Internalisierung externer Kosten, Verschmutzungszertifikate und dergleichen diskutiert und angenommen, eine ökologisierte Marktwirtschaft sei in der Lage, wieder Beschäftigung für (fast) alle zu bringen. Weitgehender Umweltschutz ist nötig, soweit er im Rahmen des weiterhin zu sichernden Wohlstandes, des Wachstums, der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, der Erhaltung der Arbeitsplätze möglich ist. Ökologische Modernisierung kann gar neue Arbeitsplätze schaffen und technologische Innovationen bewirken, die sich insgesamt als Stärkung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit auswirken werden. Beide Positionen, die zusammen satte Mehrheiten garantieren, argumentieren im Rahmen des bestehenden Wohlstands- und Konsummodells und meist in nationalen, bestenfalls europäischen Grenzen.
- Lediglich die *dritte* und bisher kleinste Gruppe der „*strukturellen Ökologisierung*“ beharrt darauf, dass langfristige globale Überlebensfähigkeit nur durch tief greifenden gesellschaftlichen Wandel vor allem in den reichen Ländern gesichert werden könne und dass wenig Zeit bleibt, den Weg dorthin einzuschlagen. Sie zweifelt am Sinn weiteren wirtschaftlichen Wachstums, sie hält die Sicherung des „Standortes Deutschland“ im Rahmen des internationalen

32 – z.B. Enquête-Kommission, 1994; Schwanhold, 1994

Wettbewerbs für ein sinnloses, ja gefährliches Konzept, sie sucht nach Alternativen zu einem System, das „sich zu Tode siegt“.³³

Wir denken, dass es gefährlich ist, diese Differenzen im Sinn eines Glaubenskampfes zu behandeln – es würde zu viel Kraft in einer ideologischen Auseinandersetzung binden, wo praktisches Handeln dringend erforderlich ist. Dafür sollten wir einige Eckpunkte im Auge behalten:

„Zukunftsfähigkeit“ ist ein *globales* Konzept. Die Welt wird als eine Einheit betrachtet. Dahinter steht eine ethische Entscheidung: Die Menschheit insgesamt soll überleben, sie soll in einem solidarischen Zusammenhang gesehen werden. Heute handeln wir (gemeint sind hier Angehörige der reichen Länder und ihre Vertreter in Politik und Wirtschaft) nicht so: Wir verschieben vielmehr zahlreiche Probleme, die wir verursachen, in die Länder der Dritten Welt und des früheren Ostblocks, eignen uns aber die Ressourcen dieser Länder an (→ Kap. 3.2). Wenn wir das ändern wollten, hätte dies tiefe Folgen für alle Ebenen von Gesellschaft. Die ethische Entscheidung für globale Überlebensfähigkeit bedeutet praktisch Wohlstands- und Beschäftigungsverluste bei uns (→ Kap. 11.3).

„Zukunftsfähigkeit“ ist ein *umfassendes* Konzept. Es erlaubt uns nicht mehr, die Welt in kleine, nach Fachdisziplinen oder Regionen definierte Stückchen zu zerschneiden, die wir dann unter „Experten“ zur Bearbeitung aufteilen, die sich um den Rest nicht kümmern. Es gibt nicht so etwas wie eine isolierbare „Umwelt-Zukunftsfähigkeit“, die angemessen in Begriffen biochemischer Reaktionen untersucht werden könnte. Es gibt keine Umwelt, die unabhängig wäre von einer Wirtschaft und ihren Regeln über den zulässigen Ressourcenverbrauch. Es gibt keine Wirtschaft, die unabhängig wäre von der politischen und sozialen Organisation, in der die Verteilung von Macht und die Möglichkeit geregelt sind, sich Vorteile auf Kosten anderer anzueignen. Es gibt keine Zukunftsfähigkeit ohne persönliche Sicherheit, ohne die Einhaltung von Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit, ohne die faire Verteilung von Lebenschancen, ohne die Befriedigung von Grundbedürfnissen und ohne Selbstbestimmung nicht nur für uns, sondern für alle Menschen.

„Zukunftsfähigkeit“ erweist sich damit als ein kritisches, ein *radikales* Konzept. Es steht am Ende des Industriezeitalters und kritisiert dessen Ergebnisse. Es fordert unsere tagtägliche Wirklichkeit heraus und konfrontiert sie mit der Utopie einer besseren Welt. Wir brauchen solche Visionen, um die Mängel unserer Welt verstehen, relevante Fragen stellen und unseren Entscheidungen die richtige Richtung geben zu können (→ Kap. 11.4). Das rührt an die Wurzeln vieler Konzepte, auf denen unsere Vorstellung von gesellschaftlicher Ordnung wie selbstverständlich beruht: Wachstum, Demokratie, Menschenrechte, Entwicklung, Lebensqualität, Gerechtigkeit, Leistung, Arbeit, Verantwortung, Bildung. Wir haben keine Wahl: Sie alle müssen unter dem Kriterium „Zukunftsfähigkeit“ neu überdacht, neu definiert, neu in Praxis übersetzt werden. Unser Denken, unser Handeln, unser Wirtschaften, unsere Politik, unsere Wissenschaft

33 – Meyer, 1992

– sie alle können nicht mehr die gleichen sein unter der Bedrohung der globalen Zukunftsfähigkeit. Hier müssen Lernprozesse in Gang kommen, die insbesondere uns in den Überfluggesellschaften schwer fallen müssen. Es gibt keine radikalere Frage als die nach den langfristigen Überlebensbedingungen der Menschheit auf dem Planeten Erde.

„Zukunftsfähigkeit“ ist ein *dynamisches* Konzept. Es bezieht sich nicht auf irgendeine Art statisches Paradies, sondern vielmehr auf die fortlaufend zu verbessernden Fähigkeiten menschlicher Wesen, sich an die nichtmenschliche Umwelt anzupassen. Umweltschäden fallen nicht vom Himmel, sondern sind (in der Regel unbeabsichtigte) *Folgen absichtsvollen Handelns*. Sie gehen also zurück auf Entscheidungen, die von Menschen in sozialen Zusammenhängen getroffen werden. Es ist richtig, dass manche Menschen rücksichtslos ihrem egoistischen Eigeninteresse folgen. Aber es ist viel wichtiger zu verstehen, wie die *Strukturen* und *Ideologien*, in denen wir leben, solch blinde Selbstsüchtigkeit und destruktive Verhaltensweisen hervorbringen, rechtfertigen und belohnen. Solange sie gelten, werden die Menschen, die „falsche“ Entscheidungen treffen, auswechselbar bleiben.

1.3.3 Gesellschaft als Stoffwechsel

Unter dem Erkenntnisinteresse an globaler Zukunftsfähigkeit ist es sinnvoll, die menschliche Gesellschaft *als Teil der gesamten Biosphäre* aufzufassen. Gesellschaften entnehmen Rohstoffe aus der Natur und verwandeln sie in konsumierbare Produkte und schließlich in Abfall – Prozesse, die in der Ökonomie als Produktion und Konsum bezeichnet werden. Dann erscheint „Gesellschaft“ als die uns Menschen spezifische Weise, unseren *Stoffwechsel mit der Natur zu organisieren*.

Diese Sicht ist in der Soziologie nicht neu, wenn auch häufig ignoriert: „Die Arbeit ist zunächst ein Prozess zwischen Mensch und Natur, ein Prozess, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigene Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörenden Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eigenes Leben brauchbaren Form anzueignen. Indem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur.“³⁴ Unabhängig davon, wenn auch nicht grundsätzlich anders, hat die Sozialökologie argumentiert. Jack P. Gibbs und Walter T. Martin³⁵ z.B. gehen von der Frage aus, wie die menschliche Spezies überlebe und antworten: „Der Mensch überlebt durch die kollektive Organisation der Ausbeutung natürlicher Ressourcen.“ Sie sprechen daher von Subsistenzorganisation als dem Gegenstand sozialökologischen Forschens.³⁶ Vom Ansatz her ähnlich denken z.B. Böhme/Schramm³⁷ und früher schon die Ökonomen William Kapp³⁸ und Ken-

34 – Marx, MEW 23, 192

35 – Gibbs/Martin, 1959

36 – für einen Überblick vgl.: Theodorson, 1982

37 – Böhme/Schramm, 1984

38 – William Kapp (z.B. 1950, 1983, 1987)

neth Boulding,³⁹ auch Hazel Henderson,⁴⁰ Herman Daly und John Cobb⁴¹ und Mathis Wackernagel und William E. Rees⁴² sollen hier erwähnt werden. Mayer-Tasch⁴³ hat tief in die Philosophie hinein Gedanken und Argumente zusammengetragen, die einer „politischen Ökologie“ nahe stehen.

Menschliche Gesellschaft, betrachtet als Prozess des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, bedeutet zunächst einmal, dass wir uns Menschen als *Teil des Naturprozesses*, von ihm abhängig und in ihn eingebunden sehen. Es folgt daraus weiter, dass wir in der materiellen Aneignung von Natur unser Überleben sichern müssen und folglich dazu tendieren werden, in der Wahrnehmung von Natur in erster Linie Aspekte der Nützlichkeit zu betonen. Was als nützlich erscheint, hängt u. a. von den (historisch bedingten) Arbeitsmitteln, den Technologien und den Organisationsformen ab, die einer Gesellschaft zur Verfügung stehen: Wer Eisen nicht gewinnen und bearbeiten kann, für den ist Eisenerz unnützlich. Menschen sind Anhängsel der Evolutionsgeschichte der Natur; sie wirken aber als Gesellschaft auf diese Natur zurück, verändern sie und verändern sich selbst in diesem Prozess. Die wissenschaftliche Untersuchung von Gesellschaft muss sich folglich damit beschäftigen, wie der Stoffwechselprozess zwischen Mensch und Natur organisiert ist – und normativ: wie er *organisiert sein müsste, um langfristiges Überleben zu sichern*. Dieser Ansatz knüpft unmittelbar an die Vision der “Sustainability”, der Zukunftsfähigkeit an.

Das Wissen um die wechselseitigen Zusammenhänge zwischen Natur und Gesellschaft, um den Stoffwechselprozess also, ist traditionell Gegenstand der Ökonomie. Die vorherrschende ökonomische Theorie hat zu diesem notwendigen Wissen allerdings wenig beizutragen. Sie ist daher auch immer wieder von Einigen kritisiert worden, die inzwischen eine „ökologische Ökonomie“ etabliert haben. Zu ihnen gehört William Rees, an dessen Argumentation wir uns im Folgenden anlehnen:

Die neo-klassische Ökonomie hat sich mehr um die „Mechanik von Nutzen und Eigeninteresse“ gekümmert als um die ökologischen Bedingungen des Wirtschaftens in einer begrenzten Welt. An drei ihrer Annahmen lässt sich dies besonders gut zeigen:⁴⁴

- Sie tendiert dazu, menschliches Wirtschaften als vorherrschend über und im Grunde unabhängig von natürlichen Bedingungen zu sehen. Wir verhalten uns, als ob die Ökonomie etwas von der übrigen stofflichen Welt Getrenntes wäre. Die Ökonomie mag „die Umwelt“ nutzen als Quelle von Rohstoffen und Senke für Abfälle, aber jenseits dessen wird sie wahrgenommen als bloße Kulisse menschlicher Angelegenheiten.
- Ökonomen haben eher den Kreislauf des Tauschwertes zum Ausgangspunkt ihrer Analysen gewählt als die Einbahnstraße des entropischen Durchsatzes von Energie und Materie. Die wichtigste Konsequenz ist eine eingeschränkte

39 – Boulding, 1978

40 – Henderson, 1991

41 – Daly/Cobb, 1989

42 – Wackernagel/Rees, 1995

43 – Mayer-Tasch, 1991

44 – Rees, 1995

Sicht ökonomischer Prozesse als sich selbst erhaltender Kreisläufe zwischen Produktion und Konsum. Am wichtigsten ist, „dass vollständige Reversibilität als allgemeine Regel angenommen wird, genau wie in der Mechanik“.⁴⁵

- Wir sind dazu gebracht worden zu glauben, dass Rohstoffe mehr Produkte menschlichen Erfindungsgeistes als Produkte der Natur seien. Nach der neo-klassischen Theorie führen steigende Marktpreise für knappe Güter einerseits zu deren Schonung, andererseits zur Suche nach technischen Ersatzstoffen. Selbstverständlich enthält die ökonomische Theorie ein Modell von Natur. Aber dieses Modell beschreibt ein ökonomisches System, das, weil es von der physischen Realität unabhängig ist, unendliches Wachstumspotential hat.

Im Gegensatz zum üblichen Verständnis fließen die ökologisch bedeutsamen Ströme nicht kreisförmig durch die materielle Ökonomie, sondern nur in einer Richtung. Das Entropiegesetz sagt, dass in jeder Umwandlung von Materie die verwendete Energie und die Materie unablässig und unwiderruflich herabgestuft werden zu einem Zustand, in dem sie weniger und schließlich gar nicht mehr zu verwenden sind. Wirtschaftliche Aktivität verlangt sowohl Energie als auch Materie und trägt deshalb zum beständigen Anwachsen der globalen Netto-Entropie bei durch die unaufhörliche Emission von Abwärme und Abfällen in die Ökosphäre. Ohne Bezug auf diesen entropischen Durchsatz „ist es unmöglich, Ökonomie und Umwelt miteinander in Beziehung zu bringen – und dennoch fehlt das Konzept [der Entropie, B.H.] nahezu vollständig in der aktuellen Ökonomie“.⁴⁶ Da unsere Ökonomien wachsen, die Ökosysteme, in die sie eingebettet sind, aber nicht, hat der Verbrauch von Ressourcen überall begonnen, die Raten nachhaltiger biologischer Produktion zu übersteigen. In diesem Licht gesehen ist ein großer Teil des heutigen „Reichtums“ schlichte Illusion (→ Kap. 2.2). Nachhaltige Entwicklung ist ein Weg, der den Zuwachs an globaler Entropie zu minimieren sucht.

Die *Erschöpfung von Ressourcen* ist ein grundsätzliches Problem. Auch wenn es möglich wäre, nicht-erneuerbare Ressourcen wie Kupfer oder Erdöl zu ersetzen, ist das doch keine angemessene Lösung. Überhaupt sagen Märkte nichts über den Zustand vieler ökologisch kritischer Materialien oder Vorgänge. Der Knappheitsindikator der neo-klassischen Theorie versagt kläglich, wenn die Bedingungen seines Funktionierens nicht gegeben sind (→ Kap. 7.1). Konsum und Verschmutzung zerstören ökologisch wichtige Ressourcen, ohne dass ein Signal des Marktes darauf hinwiese, dass die Grundlagen des Überlebens zerstört werden. Wenn also kritische Dimensionen der globalen ökologischen Krise außerhalb des Bezugsrahmens des ökonomischen Modells liegen, dann hat die konventionelle Analyse *nichts zur Nachhaltigen Entwicklung beizutragen*.

Glücklicherweise hat die Ökosphäre die Möglichkeit, sich von Missbrauch zu erholen. Ihre Materie wird fortlaufend umgeformt, weil sie – im Gegensatz zu ökonomischen Systemen – Zugang zu einer externen Quelle freier Energie hat: der Sonne. *Photosynthese* ist der wichtigste produktive Prozess auf der Erde

45 – Georgescu-Roegen, 1975, 348

46 – Daly, 1989, 1

und die letzte Quelle allen biologischen Kapitals, von dem die menschliche Ökonomie abhängt. Da die Einstrahlung der Sonne konstant, stetig und zuverlässig ist, ist die Produktion in der Ökosphäre potentiell zukunftsfähig über jede Zeitspanne hinaus, die für die Menschheit relevant ist. Die Produktivität der Natur wird allerdings begrenzt durch die Verfügbarkeit endlicher Nährstoffe, die Effizienz der Photosynthese und schließlich die Rate des Energieeinsatzes selbst – Faktoren, die von Menschen beeinflusst werden. Der zentrale Grundsatz für zukunftsfähige Entwicklung lautet daher: Die Menschheit muss lernen, vom *Ertrag*, d.h. von der periodischen Regeneration des verbleibenden Naturkapitals zu leben. Die Menschheit kann nicht beliebig lange überleben, wenn sie nicht nur den Zuwachs, sondern wenn sie auch das Naturkapital verbraucht, oder wenn sie die Prozesse, die solche Regeneration überhaupt erst möglich machen, in ihrer Funktionsfähigkeit stört.

Wenn Gesellschaft als Stoffwechsel aufgefasst wird, dann wird es sinnvoll, nach der Art und der Herkunft der Inputs, nach den Prozessen der Umwandlung und nach der Art und dem Zielort der Outputs zu fragen – materielle Inputs sind Energie und Rohstoffe, Prozesse der Umwandlung nennen wir Organisation und Arbeit, immaterielle Inputs sind Finanzen und Informationen; materielle Outputs sind Abfälle fester, flüssiger oder gasförmiger Form bzw. Abwärme, immaterielle Outputs sind Bewusstseinszustände und Handlungsbereitschaften. Die Tätigkeiten, die zusammen den Metabolismus ausmachen, also Organisation und Arbeit, geschehen in Institutionen.

1.3.4 Was ist Umwelt?

Umwelt ist – zunächst – alles außer mir. Da gibt es keinen Unterschied zwischen „natürlicher“ oder „künstlicher“ Umwelt, zwischen „Sachen“, „Natur“ oder „Menschen“ – auch Menschen werden zunächst einmal als physische Objekte erfahren. Die Grenze ist freilich nicht so eindeutig: Die Unterscheidung zwischen *Umwelt* und *Inwelt* wird fließend, wo wir uns Umwelt in der Form von Nahrungsmitteln aneignen und sie zum Bestandteil der eigenen Physis transformieren, wo Umweltgifte durch die Muttermilch an Babys abgegeben werden und wo wir Teile der eigenen Physis in der Form von Exkrementen wieder an die Umwelt abgeben. Sie ist auch im nicht-materiellen Sinn kaum klar zu ziehen, wo wir nahezu alle Informationen, aus denen wir Wissen und Bewusstsein aufbauen, aus sekundären Quellen entnehmen und uns damit unter deren Bestimmungsgründe, etwa kommerzielle Interessen, beugen müssen. Auch unser Bewusstsein wird schließlich hergestellt nach Interessen, auf die wir keinen Einfluss haben (→ Kap. 9). Etwas anderes signalisiert die Unterscheidung zwischen *Umwelt* und *Mitwelt*: Sie will sagen, dass die Umwelt als Mitwelt unserer Solidarität, unserer Pflege und Schonung bedarf. Offensichtlich gibt es keine „Umwelt“, die nicht zutiefst sozial geprägt wäre. Der “Social Nature of Space”⁴⁷ wäre die “Social Nature of Nature” an die Seite zu stellen. „Natürlichkeit“ in dem Sinn, dass es sich um von Menschen seit je unberührte, sich selbst überlassene Umwelten handelte, gibt es nur noch als logischen Grenzfall.

47 – Hamm/Jalowiecki, 1990

Tatsächlich ist die Sache noch komplizierter: Umwelt ist alles außer mir, das ist ein zu sehr individualistischer Blickwinkel, denn in Wirklichkeit geschieht der „Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur“ immer in sozial organisierter Form, durch Arbeit und Arbeitsteilung, unter der Anleitung von Tarifverträgen, Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht, unter Eigentums- und Klassenverhältnissen.

Umwelt ist daher Inwelt in einem noch umfassenderen Sinn: Die soziale Organisation, die ganz wesentlich von den Möglichkeiten und Prozessen der Subsistenzgewinnung aus Mitteln der Natur bestimmt wird, wird im Verlauf der Sozialisation „internalisiert“, d.h. zum Bestandteil unserer Persönlichkeit. Im gleichen Vorgang, in dem ein Mensch es lernt, Teil von Gesellschaft zu sein, lernt er auch Umwelt. Die Auseinandersetzung mit Umwelt ist gleichbedeutend mit der Internalisierung von Gesellschaft.

Umwelt – das sind zunächst einmal die in der Natur vorkommenden *Rohstoffe*, die wir Menschen mit Hilfe von anderen Menschen und von Technologien in Subsistenzmittel umformen können – also Pflanzen und Tiere, die wir essen, Erze, die wir als Metalle nutzen, fossile Rückstände, die wir als Primärenergien verwenden. Nun haben sich die Menschen „die Erde untertan“ gemacht, sie unter sich so aufgeteilt, dass es kein Fleckchen gibt, auf das nicht jemand *Besitzansprüche* hätte. Da nicht alle nutzbaren Ressourcen überall natürlich vorkommen, müssen wir tauschen. Wir brauchen also Informationen, Transportmittel, Tauschmittel, Regeln der Verständigung und des Austauschs, kurz: Institutionen, eine gesellschaftliche Organisation, die es ermöglichen, dass solches verlässlich und vorhersagbar geschieht. Ein ganz erheblicher Anteil sozialer Interaktionen dient eben diesem Zweck. *Umwelt begründet soziale Verhältnisse*. Wenn der Internationale Währungsfonds ein Schuldnerland dazu zwingt, seine Produktion auf exportfähige Güter umzustellen, um damit die Devisen für die Rückzahlung von Schulden zu erwirtschaften oder die natürlichen Ressourcen des Schuldnerlandes für ausländisches Kapital zu öffnen, dann haben wir genau eine solche Institution vor uns (→ Kap. 7.2.1). Angesichts der Verknappung zahlreicher natürlicher Ressourcen ist nachvollziehbar, dass der Kampf um die Kontrolle solcher Güter immer wichtiger und heute auch in kriegerischer Form ausgetragen wird.

Das Organisationsmodell der reichen Länder, mit Massenproduktion und Massenkonsum, Staatsfinanzierung und sozialer Sicherung aus Erwerbsarbeit, privater Aneignung von Gewinnen und Sozialisierung der Verluste, ist geradezu angewiesen auf eine *immer höhere Steigerung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen* und folglich auch auf die Produktion von immer mehr Abfall, die durch Recycling nur verzögert, aber nicht aufgehoben wird. Alleine durch die zunehmende Menge des erforderlichen Stoffdurchsatzes werden uns schließlich entscheidende Lebensgrundlagen entzogen.⁴⁸ Dabei gehen wir höchst verschwenderisch mit diesem kostbaren Gut um: Schätzungsweise achtzig Prozent der Materialien, die den Unternehmen zur Produktion geliefert werden, gehen nicht in die Wertschöpfung ein, sondern werden sogleich zu Abfall, Schrott, Ausschuss; siebzig Prozent der Energie, die den Unternehmen zugeführt wird, geht

48 – Gabor et al., 1976

als Abwärme verloren und verstärkt den Treibhauseffekt; nur zwei Prozent der Arbeitszeit wird für die eigentliche Wertschöpfung genutzt, der Rest für Warte-, Liege-, Verwaltungs-, Lager- und Transportzeiten.⁴⁹

Ebenso wichtig wie die Umwelt in Form von in Subsistenzmittel umwandelbaren Stoffen wird die Umwelt als *Senke für unsere Abfälle*. Die fortschreitende Zerstörung der Ozonschicht und der Klimawandel als Folge der Emission von Treibhausgasen, die Verschmutzung der Böden und Meere haben ein Ausmaß angenommen, das bereits selber begrenzend für das menschliche Überleben wird. In welchem Ausmaß dies bereits konkret ist, erleben die Menschen in Australien am Auftreten von Hautkrebs, der im Übrigen auch in unseren Breiten drastisch zugenommen hat. Dass wir von diesem Zurückschlagen der Umwelt nicht verschont bleiben, wird noch ausführlich dargestellt werden (→ Kap. 2).

Das Konsummodell der reichen Länder ist nicht auf die ganze Erde generalisierbar. Das erleben wir zur Zeit am Kampf um Rohöl, wo nicht nur die US-Regierung an allen Fundstellen Militärbasen aufbaut, wo sich in Zentralasien eine neue Konfliktkonstellation aufbaut, sondern wo China und Indien auch mit Lieferanten Verträge abschließen, die bisher dem amerikanischen Einflussbereich zugerechnet wurden. Der aktuelle Boom der Stahlpreise geht zurück auf die verstärkte Nachfrage vor allem aus China, das mit seinen hohen Wachstumsraten eine rasant aufholende Entwicklung betreibt. In internationalen Konferenzen argumentieren die Entwicklungsländer dagegen, der Westen benutze das Schlagwort Nachhaltige Entwicklung nur, um sie von dem Wohlstand auszuschließen, den er Jahrhunderte lang auf ihre Kosten genossen habe. Vielmehr sei nach wie vor der kapitalistische Westen der größte Verbraucher natürlicher Ressourcen – folglich sei es an ihm zuerst, sein Verhalten zu ändern.

Diese Entwicklung verweist auf ein wesentliches, wenngleich regelmäßig ignoriertes Element jeder sozialen Struktur: ihre *räumliche Verortung*. Rohstoffe und Naturschätze sind nicht über die ganze Erde gleich verteilt. Vielmehr befinden sich die meisten Naturressourcen auf dem Territorium von Entwicklungsländern, die meisten Verarbeitungsanlagen aber und die nachfragegestärksten Konsumenten aber in den reichen Ländern der Triade (Nordamerika, Europa, Japan). Das bedeutet Kommunikation und Austausch. Institutionen werden zu formalen Organisationen, die in Gebäuden untergebracht sind, dort aufgesucht werden können, interne Strukturen ausbilden, Knotenpunkte von Beziehungen bilden – als Betriebe, Behörden, Schulen, Bahnhöfe. Wenn wir uns bewegen, nutzen wir räumlich fixierte *Infrastrukturen*: Wege, Straßen, Eisenbahnlinien. Energie beziehen wir über Fernleitungsnetze, und zum Telefonieren benötigen wir Kabelverbindungen oder Sendemasten. Auch kultureller Austausch ist ohne materielle Infrastruktur nicht denkbar. Räume sind materiell verfestigte soziale Institutionen.⁵⁰ Menschen sind beweglich, Sachen räumlich fixiert. Der Stoffwechsel zwischen Natur und Mensch äußert sich u.a. darin, dass wir zur Gewinnung von Subsistenzmitteln räumlich fixierte technische Anlagen

49 – Helfrich, 1990

50 – An dieser Überlegung knüpft die soziologische Theorie von Raum an; vgl. z.B. Hamm, 1982; Hamm/Jalowiecki, 1990; Hamm/Neumann, 1996; Löw, 2004

benötigen, die Verhalten wenn nicht festlegen, so doch in engeren oder weiteren Grenzen kanalisieren. Man denke nur daran, in welchem ungeheuerlichem Ausmaß unsere Gesellschaften sich vom Straßenverkehr oder von der zuverlässigen und regelmäßigen Versorgung mit elektrischer Energie abhängig gemacht haben! Der Austausch zwischen räumlich festgelegten Standorten bedeutet immer Transport (von Personen, Informationen, Gütern, Kapital). Das materielle Substrat von Gesellschaft ist nichts anderes als ein Netzwerk *materiell verfestigter sozialer Institutionen*. Es ist Teil sozialer Strukturen, freilich einer, der einer handlungstheoretisch – d.h. an der subjektiv-sinnhaften Orientierung des eigenen Handelns am Handeln anderer – konstruierten Soziologie entgegen muss.⁵¹

1.3.5 Menschenbild

Wenn Menschen genetisch unveränderbar egoistisch, gierig und aggressiv sind, dann gibt es keine Zukunftsfähigkeit. Dann sind wir teilnehmende Beobachter eines Prozesses, in dem sich die Menschheit selbst zerstört. Tatsächlich hat eine solche Argumentation viele schlechte Gründe für sich. Dann freilich hätte auch ein Lehrbuch zur Struktur moderner Gesellschaften wenig Sinn.

Deshalb ist an dieser Stelle eine Antwort auf die Frage fällig, welchem *Menschenbild* sich die Autoren dieses Buches verpflichtet sehen. Nur damit wird die ethisch-normative Ausgangsposition überprüfbar und diskutierbar. Wir gehen zunächst davon aus, dass es wenig sinnvoll ist, ein Menschenbild so zu beschreiben, als handle es sich um etwas Fixes, Festgelegtes, Statisches, womöglich genetisch Bestimmtes, über das „wahre“ und „falsche“ Aussagen gemacht und voneinander unterschieden werden könnten. „Der Mensch“, so ein solches Abstraktum (abgesehen von der männlichen Form) in unserem Zusammenhang überhaupt Sinn macht, ist weder gut noch schlecht, weder rational noch irrational, weder egoistisch noch altruistisch – oder was dergleichen Formeln mehr sein mögen. Er ist das schon gar nicht „von Natur aus“. Vielmehr zeigt die *conditio humana* eine schier unendliche Bandbreite an Variationen, es gibt nichts, was sich durch die Kulturen, durch die Geschichte, durch die Lebensläufe von Menschen nicht auffinden und belegen ließe. Kein Verbrecher, und sei er noch so grausam oder pervers, ist durch und durch und nur „schlecht“, und niemand ist ausschließlich „gut“. Vielmehr sind wir überwiegend das eine oder das andere, und dieses „überwiegend“ hängt von den Umständen, von den Bedingungen, von den Kontexten ab. Für uns kommt jenes Bild aus der interaktionistischen Soziologie⁵² der Wirklichkeit am nächsten, das annimmt, dass wir unsere Qualität als Menschen in der Interaktion wechselseitig definieren: Wenn ich Dir vertraue, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass Du dich vertrauenswürdig verhältst. Menschen sind also weniger als Bündel von Eigenschaften zu definieren als vielmehr als Bündel von Beziehungen.

Indem wir uns wechselseitig als gut, altruistisch, einsichtig und liebevoll behandeln, schaffen wir uns als Gute, Altruistische, Einsichtige und Liebevolle.

51- darauf hat vor allem Hans Linde 1972 hingewiesen

52 – Berger/Luckmann, 1969

Indem wir uns darauf verständigen, dass etwas ein Problem ist oder werden könnte, schaffen wir Anlässe, uns gemeinsam darum zu kümmern. Es ist leicht einzusehen, dass die Kontrolle über solche Wirklichkeitsdefinitionen Teil der Sicherung von Macht und daher umkämpft ist. Wir wollen danach fragen, unter welchen strukturellen Bedingungen Menschen mit höherer Wahrscheinlichkeit geneigt sein werden, sich wechselseitig als Menschen statt nur als Objekte der Ausbeutung zu definieren. Und wir wollen untersuchen, ob und wie sich solche Bedingungen schaffen lassen. Konrad Lorenz wird der Satz zugeschrieben: „Das fehlende Bindeglied zwischen dem Affen und dem Menschen – sind wir“. Wahrscheinlich befinden wir uns jetzt am Scheideweg, an dem sich klären muss, ob wir den Weg zur Menschwerdung finden oder ob wir als Spezies, wie viele andere vor uns, untergehen. Dies genau ist die Frage, die im Begriff des Sustainable Development gestellt wird.

1.3.6 Gesellschaftsbild

Auch hier, wie beim Menschenbild, geht es nicht um etwas mit objektiver Sicherheit Beweisbares, sondern vielmehr um etwas, das wir in unserem alltäglichen Handeln erst als Wirklichkeit schaffen. Gesellschaft verstehen wir nicht als Ergebnis *biologisch-evolutionärer Selektion*, in der das Survival of the Fittest wichtigstes Überlebenskriterium ist, das „Schwache“ also unweigerlich dem Starken weichen wird und muss, wie das gängige Ideologen so gerne zur Rechtfertigung des eigenen Handelns behaupten. Vielmehr sehen wir menschliche Gesellschaft als Ergebnis eines *Zivilisationsprozesses*, in dem es immer darum gegangen ist, sich von den Fesseln der Kreatürlichkeit, also eben der bloß evolutionären Festlegung, zu befreien und dem *Menschlichkeit* entgegenzusetzen⁵³ – dann gibt es stark und schwach nur situativ, alle Menschen sind gleich viel wert, wenn auch (zum Glück) nicht gleich, jeder hat Stärken und Schwächen, jeder Talente, auch wenn die Chance, sie voll zu entwickeln, nicht für alle gleich ist. Dies anzuerkennen ist gerade das spezifisch Menschliche. Da jeder mit einer großen Zahl von Entwicklungsmöglichkeiten ausgestattet ist, wird es besonders wichtig, Gesellschaft so zu entwickeln, dass realistische Chancen entstehen, ihr Potenzial auch praktisch zu entwickeln. Es ist nicht eine Gesellschaft besser oder höher als die andere und kann daraus womöglich besondere Rechte für sich ableiten – und es ist nicht eine andere Gesellschaft weniger wert und kann deshalb ausgelöscht oder benachteiligt werden. Die Aufgabe einer zivilisierten Gesellschaft ist es vielmehr, gerade solche Bedingungen und Institutionen zu schaffen, die es den Menschen ermöglichen, als Menschen miteinander zu verkehren.

53 – das ist ein anderes Verständnis als jenes bei Elias, 1939; wir halten auch seine generelle These von der zunehmenden Substitution äußerer Gewalt durch Innensteuerung angesichts des gewalttätigen 20. Jahrhunderts für wenig überzeugend

1.4 Zusammenfassung

Dieses Kapitel problematisiert und diskutiert die zentralen Begriffe des Buches: Zukunftsfähigkeit, Gesellschaft, Umwelt, Menschenbild. Die Unmöglichkeit, für diese Begriffe eindeutige, operationalisierte Definitionen anzugeben, ist eine Folge der überaus komplexen Wirklichkeit, die auch durch vermeintliche sprachliche oder mathematische Präzision nicht aufzuheben ist. Darin wird zugleich der wissenschaftliche Ansatz einer ökologischen Soziologie deutlich, der ökologisch ist in dreifachem Sinn: einmal darin, dass er nach Gesellschaft fragt unter dem Erkenntnisinteresse, ob und wie die drohende Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen abzuwenden sei; zum zweiten, indem er „Gesellschaft“ versteht als die uns Menschen typische Form, unseren Stoffwechsel mit der Natur zu organisieren; und drittens, indem er Umwelt versteht als das materialisierte Produkt menschlicher Geschichte und als Bündel von Institutionen, als Teil sozialer Strukturen, die unser Verhalten und Handeln bestimmen. Dann gerade ist es schlüssig, die Gründe für das Heraufziehen einer globalen Überlebenskrise zuerst und vor allem in gesellschaftlichen Institutionen zu suchen – die grundsätzlich änderbar sind.